



Jahresbericht 2025

Beratungsnetzwerk Hessen

Demokratiezentrum Hessen

Impressum

Jahresbericht 2025 des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

V.i.S.d.P. / Redaktion: Dr. Reiner Becker, Gamze Damat, Dennis Siepmann

herausgegeben vom:
Demokratiezentrum Hessen
im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren außerhalb
des Marburger Demokratiezentrams für ihre Beiträge!

Hinweise:

Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) bzw. des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI) dar. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Verfasser:innen selbst die Verantwortung.

Alle Textinhalte liegen ausdrücklich in der Verantwortlichkeit der jeweiligen Autorschaft, das gilt vor allem für die namentlich gekennzeichneten Beiträge (wie im Kapitel „Aus der Praxis“). Gleiches gilt für die Verwendung geschlechtersensibler Sprache und deren nicht einheitliche formale Kennzeichnung (Unterstrich, Sternchen, Doppelpunkt, Schrägstrich etc.). Wir haben dazu bewusst keine Vorgaben gemacht, weil wir der Ansicht sind, dass es jedem und jeder freigestellt sein sollte, ob und wie er bzw. sie diese Thematik berücksichtigen und ausdrücken möchte. Eine einheitliche, verbindliche Sprachregelung existiert derzeit nicht.

Gestaltung und Layout:
Heilmeyer und Sernau Gestaltung, Berlin

Gestaltung Beratungsnetzwerk-Logo:
KOMPAKTMEDIEN – Agentur für Kommunikation GmbH

alle übrigen Bilder, Skizzen, Tabellen und Grafiken (sofern nicht anders gekennzeichnet): Demokratiezentrum Hessen, Marburg
© 2026

Diesen Jahresbericht können Sie sich auch auf unserer Webseite
<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte>
als PDF-Dokument herunterladen.

Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
1. Vorwort	4
2. Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus	5
3. Hohe Nachfrage, komplexere Fälle: Das Beratungsjahr 2025	9
4. Antisemitismus sichtbar machen, Allianzen stärken: Das Jahr 2025 für RIAS Hessen	26
5. Schwerpunktthema Schule: 159 Vorfälle und ein klarer Auftrag	28
6. Aus der Praxis	31
6.1 Mobile Beratung Hessen	32
6.2 Regionalstelle Süd	34
6.3 Response	35
6.4 Rote Linie	36
6.5 Jetzt!	38
6.6 DEGEDE	39
6.7 OFEK	40
7. Was gab es 2025 Neues im Demokratiezentrum und im Beratungsnetzwerk Hessen?	41
Politischer Austausch über die Zukunft der Beratungsarbeit	42
8. Vernetzung, Bildung und Forschung	43
8.1 Monitoring wird fachlich und organisatorisch neu aufgestellt	44
8.2 Zwölf neue Folgen der Podcast-Reihe „Extreme Zeiten“	45
8.3 Neue Publikationen	46
8.4 Wissenschaftliche Qualifizierung: Masterstudiengang wird fortgeführt	47
8.5 RIAS-Ausstellung macht antisemitische Erfahrungen sichtbar	47
8.6 Große Ideen und kleine Aha-Momente	48
9. Finanzierung	49
10. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	51
11. Anhang	56
Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen / Expertenpool	57

1. Vorwort

Haltung beginnt dort, wo Wegsehen bequemer wäre

Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Dennis Siepmann

Schulen sind keine Inseln. Keine neue Erkenntnis, aber eine, die uns auch im Jahr 2025 sehr deutlich vor Augen geführt wurde. Denn was sich in unserer Gesellschaft verschiebt, macht nicht am Schultor halt. Rechtsextremistische Symbole auf Toilettenwänden, antisemitische oder rassistische Sprüche im Unterricht oder menschenfeindliche Nachrichten in Klassenchats: All das gehört inzwischen auch zum Alltag unserer Kinder. Die deutlich gestiegenen Beratungsanfragen aus Schulen im Jahr 2025 zeigen, wie groß der Handlungsdruck ist.

Doch diese Entwicklung lässt sich auch anders lesen: Schulen schauen genauer hin. Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeit und Eltern wollen Vorfälle nicht länger als bloße Provokation oder „Jugendsünde“ abtun. Sie suchen Unterstützung, weil sie Verantwortung übernehmen. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von demokratischer Wachsamkeit.

Gerade in der Schule wird oft nach Neutralität gerufen. Aber Demokratie ist nicht neutral gegenüber Menschenfeindlichkeit. Wer ein Hakenkreuz entfernt, einer antisemitischen Bemerkung widerspricht oder eine betroffene Schülerin schützt, betreibt keine Parteipolitik. Er oder sie verteidigt die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Haltung heißt dabei nicht, stets das perfekte Argument parat zu haben. Haltung zeigt sich im Handeln – besonders dann, wenn es unbequem wird. Dann geht es ums Zuhören. Darum Betroffene ernst zu nehmen und Missstände klar zu benennen. Aber auch darum, Grenzen zu setzen und Gesprächswege offen zu halten.

Unser Jahresbericht 2025 zeigt, dass die Aufgaben weit über den Ort „Schule“ hinausreichen. Die Beratungsstellen erleben eine anhaltend hohe Nachfrage; in der Distanzierungsarbeit werden die Ratsuchenden jünger und die Fälle komplexer. Kommunen, Vereine und Initiativen müssen mit Bedrohungen umgehen. Zugleich entwickelt sich das Beratungsnetzwerk weiter: Das Mobile Beratungsteam hat sich in neuer Trägerschaft aufgestellt, das Monitoring für Hessen wurde neu ausgerichtet, und mit Publikationen, Veranstaltungen und unserem Podcast gelangt fachliches Wissen in die Öffentlichkeit.

Diese Vielfalt ist kein Nebeneinander von Projekten. Beratung, Bildung, Monitoring und Vernetzung greifen ineinander. Sie bilden eine demokratische Infrastruktur, die Menschen in ganz Hessen stärkt.

Dieser Bericht erzählt deshalb nicht nur von Problemlagen. Er erzählt auch von Menschen, die sich nicht damit abfinden. Jede Beratungsanfrage unterbricht ein mögliches Schweigen. Jede Schule, jeder Verein und jede Kommune, die Unterstützung sucht, trifft eine Entscheidung: „Wir sehen hin. Wir handeln. Wir bleiben ansprechbar.“

Demokratie braucht genau diese Entscheidung – jeden Tag aufs Neue.

Dr. Reiner Becker
Leiter des Demokratiezentriums Hessen

2. Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechts- extremismus

Das Beratungsnetzwerk Hessen unterstützt Menschen und Institutionen im Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Das Demokratiezentrum Hessen koordiniert die landesweite Beratung, Prävention und Vernetzung.

Rechtsextremistische Äußerungen an Schulen, rassistische oder verschwörungsideologische Parolen am Arbeitsplatz, im Verein oder im persönlichen Umfeld, antisemitische Schmierereien, Hass und Hetze im Internet sowie Anfeindungen gegen Geflüchtete oder kommunalpolitisch Verantwortliche: Solche Vorfälle

ereignen sich auch in Hessen. Sie stellen Betroffene, Angehörige, Institutionen und Kommunen häufig vor die Frage, wie sie angemessen reagieren können.

Das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ bietet dabei professionelle Unterstützung. Seit 2007 berät es hessenweit Schulen, Eltern und Angehörige, Kommunen, Vereine und weitere Hilfesuchende. Die Beratung ist qualifiziert, vertraulich, kostenlos und auf die jeweilige Situation zugeschnitten. Ergänzend bietet das Netzwerk Bildungs- und Präventionsmaßnahmen an, die Handlungssicherheit vermitteln und die demokratische Kultur stärken.

Ein landesweites Netzwerk

Im Beratungsnetzwerk arbeiten staatliche, zivilgesellschaftliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine sowie öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen zusammen. Der Kompetenzverbund umfasst derzeit 54 Mitglieder.

Dazu gehören unter anderem die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen, die Hessische Jugendfeuerwehr, verschiedene Ministerien, die Sportjugend Hessen und die Kirchen.

Demokratisches Engagement wird gestärkt

Die Beratung vor Ort übernehmen 49 qualifizierte mobile Beraterinnen und Berater. Zum Angebot gehören die Mobile Beratung, die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie die Distanzierungsberatung. Gemeinsam mit den weiteren Netzwerkpartnern tragen die Beratungsteams dazu bei, Betroffene zu unterstützen, Verantwortliche vor Ort handlungsfähig zu machen und demokratisches Engagement zu stärken.



Vorträge und die Moderation von Veranstaltungen gehören zu den Aufgaben, die von den Mitgliedern des Beratungsnetzwerks Hessen immer wieder wahrgenommen werden.

Foto: Dennis Siepmann

Die Aufgabenbereiche des Demokratiezentrum Hessen im Jahr 2025 skizziert die folgende Darstellung:

Die Träger im Beratungsnetzwerk 2025 – gefördert durch das Demokratiezentrum Hessen

Mobile Beratung

Regionalstelle Nord: Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Kassel

Regionalstelle Ost: Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Fulda

Regionalstelle Süd: Büro Darmstadt, Träger: jetzt! e. V. **Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik** (DeGeDe), Frankfurt

Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.

Opfer- und Betroffenenberatung

response – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Distanzierungsberatung

Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Das Demokratiezentrum als zentrale Anlaufstelle

Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg. Es nimmt Anfragen entgegen, vermittelt passende Ansprechpersonen und koordiniert die landesweite Beratungsarbeit. Darüber hinaus fördert das Demokratiezentrum die fachliche Vernetzung und Qualitätsentwicklung, begleitet Bildungs- und Präventionsangebote und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks.

Zu seinen weiteren Aufgaben zählen politische Bildung, Forschung und wissenschaftliche Weiterbildung sowie die Koordination der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen). Auch die Zusammenarbeit mit den „Partnerschaften für Demokratie“, der Lenkungsgruppe, den Qualitätszirkeln und weiteren Fachgremien gehört zu seinen Aufgaben.

Beratung in den Regionen

Für eine gute Erreichbarkeit und eine enge Anbindung an die örtlichen Strukturen verfügt das Beratungsnetzwerk über drei Regionalstellen. Die Regionalstelle Nordhessen ist beim Mobilen Beratungsteam Hessen in Kassel angesiedelt, die Regionalstelle

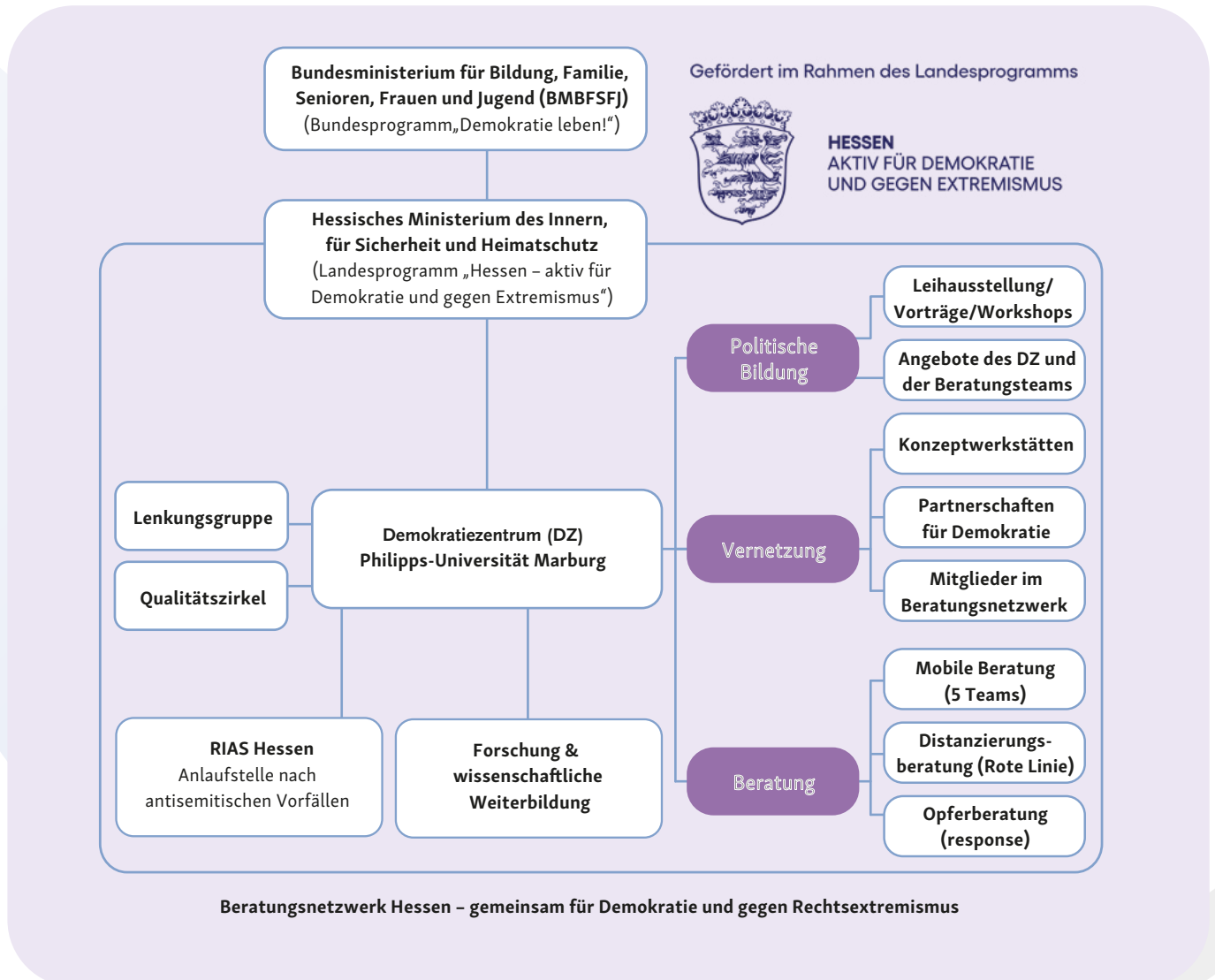
Osthessen beim Mobilen Beratungsteam Hessen in Fulda. Die Regionalstelle Südhessen befindet sich in Darmstadt und wird von „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“ getragen.

Förderung durch Bund und Land

Die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz gefördert.

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten finden sich unter www.beratungsnetzwerk-hessen.de.

Aufbau und Strukturen des Beratungsnetzwerks Hessen und die beteiligten Institutionen und Zuständigkeiten zeigt das folgende aktuelle Organigramm (Stand: 2025):



3. Hohe Nachfrage, komplexere Fälle: Das Beratungsjahr 2025

Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz bewegt sich die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten auf dem hohen Niveau des Vorjahres¹. Auf den ersten Blick sind die Beratungszahlen des Beratungsnetzwerks Hessen im Jahr 2025 leicht zurückgegangen (von 332 auf 302). Allerdings wurden aus 2024 noch 62 Beratungsfälle weitergeführt, d.h. die Rekordhöhe von 332 Beratungsanfragen aus dem Jahr 2024 spiegelt sich auch in der etwas geringeren Fallannahme im Jahr 2025 wider. Die Beratungsprozesse sind aufgrund der Fallkomplexitäten langwieriger geworden und binden daher auch die Beratungsteams zeitlich stärker bei gleichbleibenden Ressourcen. Un-

abhängig von Zahlen, Anfragen, Konjunkturen bleiben die Berater*innen den Beratungsnehmer*innen ein verlässliches Gegenüber.

Mit insgesamt 54 Mitgliedern ziviler, kirchlicher und staatlicher Organisationen des Beratungsnetzwerks Hessen, 49 mobilen Berater*innen sowie den 29 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: März 2025) gelang es auch im Jahr 2025 in Hessen, ein breites Spektrum an Hilfesuchen und Anfragen im Bereich Rechtsextremismus und Demokratiestärkung bearbeiten zu können.

Beratungsprozesse 2024–2025

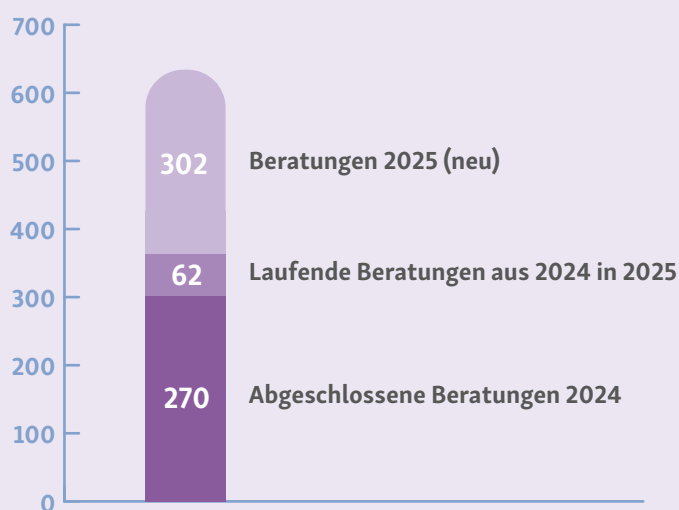


Abbildung 1: Abgeschlossene und laufende Beratungsfälle 2024–2025

Zum Beratungsnetzwerk Hessen

Ziel des Beratungsnetzwerks Hessen ist es, Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus kostenlos und aufsuchend zu beraten. Seit 2015 ist es außerdem zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention bzw. Demokratieförderung und Bildung bezüglich Rechtsextremismus und bietet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an. Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz

Hessen sowie landesweit tätige mobile Beraterinnen und Berater, um gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Als koordinierende Fach- und Geschäftsstelle fungiert das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg angegliedert ist.

Gefördert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

¹ „Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten bewegte sich 2025 mit 36.951 Taten auf dem Niveau des Vorjahrs (2024: 37.835). Propagandadelikte (23.122) bildeten mit 62,6 % den Hauptanteil der rechtsextremistischen Straftaten. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg um 8,9 % auf 1.395 an (2024: 1.281). Körperverletzungsdelikte (1.248) stellten dabei wie im Vorjahr mit 89,5 % den größten Anteil und stiegen damit leicht an (2024: 87,5 %, 1.121).“ (https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html, Abrufdatum: 15.07.2026)

Beratungsnetzwerk Hessen: Beratungsfälle und Bildungsangebote im Jahresvergleich 2015–2025

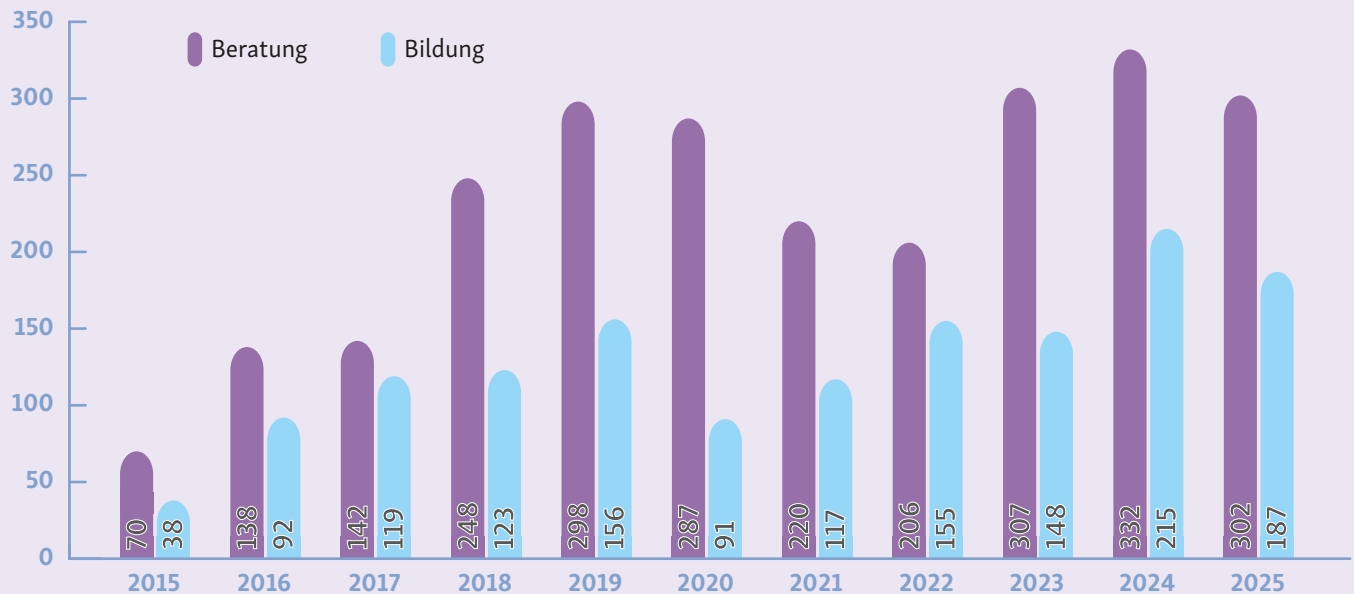


Abbildung 2: Beratungs- und Bildungsfallzahlen 2015–2025

Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden bis Ende 2025 insgesamt 2.901 Beratungsfälle und 1.441 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen² registriert. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen (Vorträge, Workshops, Schulungen, Fachtage etc.)

der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) in hessischen Kommunen, die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

Zum methodischen Vorgehen

Der folgende Überblick über die Beratungs-, Bildungs- und Präventionsarbeit³ des Beratungsnetzwerks im Jahr 2025 basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Bildungsprozesse durch das Demokratiezentrum Hessen. 2018 wurde das Verfahren zur Dokumentation von Beratungsfällen grundlegend überarbeitet: Das System wurde dem des Deutschen Ju-

gendinstituts angepasst, das im Auftrag des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bundesweit die Beratungsfälle erfasste und dokumentierte.

Die Beraterinnen und Berater erfassen und kategorisieren Beratungsfälle und Bildungsangebote nach eigens standardisierten Verfahren und pflegen diese in eine einheitliche Datenbank ein.

² Dokumentierte Fälle von 2007 - 2025, zur besseren Vergleichbarkeit mit den anderen Tabellen werden in Abbildung 1 daher nur die absoluten Zahlen für Beratung und Bildung aus 2015 - 2025 dargestellt. Siehe für Zahlen vor 2025 vorherige Jahresberichte: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte/>, Abrufdatum 29.03.2026

³ In der Vergangenheit wurde die Bildungstätigkeit für die zweite Aufgabensäule des Beratungsnetzwerks unter „Prävention“ zusammengefasst. Prävention meint in diesem Themenfeld den Versuch der Verhinderung rechtsextremistischer, menschenfeindlicher Einstellungen (und delinquenter Handlungen, z.B. bei Jugendlichen in der Distanzierungsarbeit). Ergänzt wurde dann der Begriff „Bildung“, der sowohl weit als auch enger gefasst werden kann. Politische Bildung z.B. geht über Wissensvermittlung hinaus, indem sie nicht nur Verhinderung anstrebt, sondern Aufklärung und Kritik fördert, die handlungsfähig machen soll. Beide Zugänge sind für das Feld wesentlich und der Kombinationsbegriff „Bildungs- und Präventionsarbeit“ erscheint angebrachter, da er die Betätigung und Angebote des Netzwerks eindeutiger und klarer bezeichnet, die in der Praxis nur z.T. einen nachweisbaren präventiven Charakter und „vorbeugende“ Funktion haben (können).

Da Rechtsextremismus ein dynamisches Feld ist und „idealtypische“ Fälle und Verläufe in der Praxis selten vorkommen, werden einige dieser Fälle unter „Sonstiges“ gefasst, da sie zwar Überschneidungen mit bestehenden Kategorien haben, aber keine eindeutig zutrifft. Um auch diese transparent zu machen, werden in diesem Bericht einige der Fälle exemplarisch genannt.

Hinweis zu den Zahlen: Die statistische „1“ steht für einen neuen Beratungsfall, d. h., es wurden im Jahr 2025 also **302** Beratungsprozesse begonnen, die tatsächliche Beratungsleistung ist aber deutlich höher, da Beratungen teilweise jahrelang fortgeführt werden. Dokumentiert wird ein Fallverlauf aber immer unter der gleichen Fallnummer, d. h., ein Fall z. B. aus 2022 taucht in der Statistik nicht mehr auf, ist aber Teil der Beratungsarbeit. Es wäre daher richtig, z.B. für 2025 von „302 neuen Beratungsfällen“ zu sprechen und nicht von 302 Fällen insgesamt.

Anstiege und Abstiege der Gesamtfallzahl 2015–2025

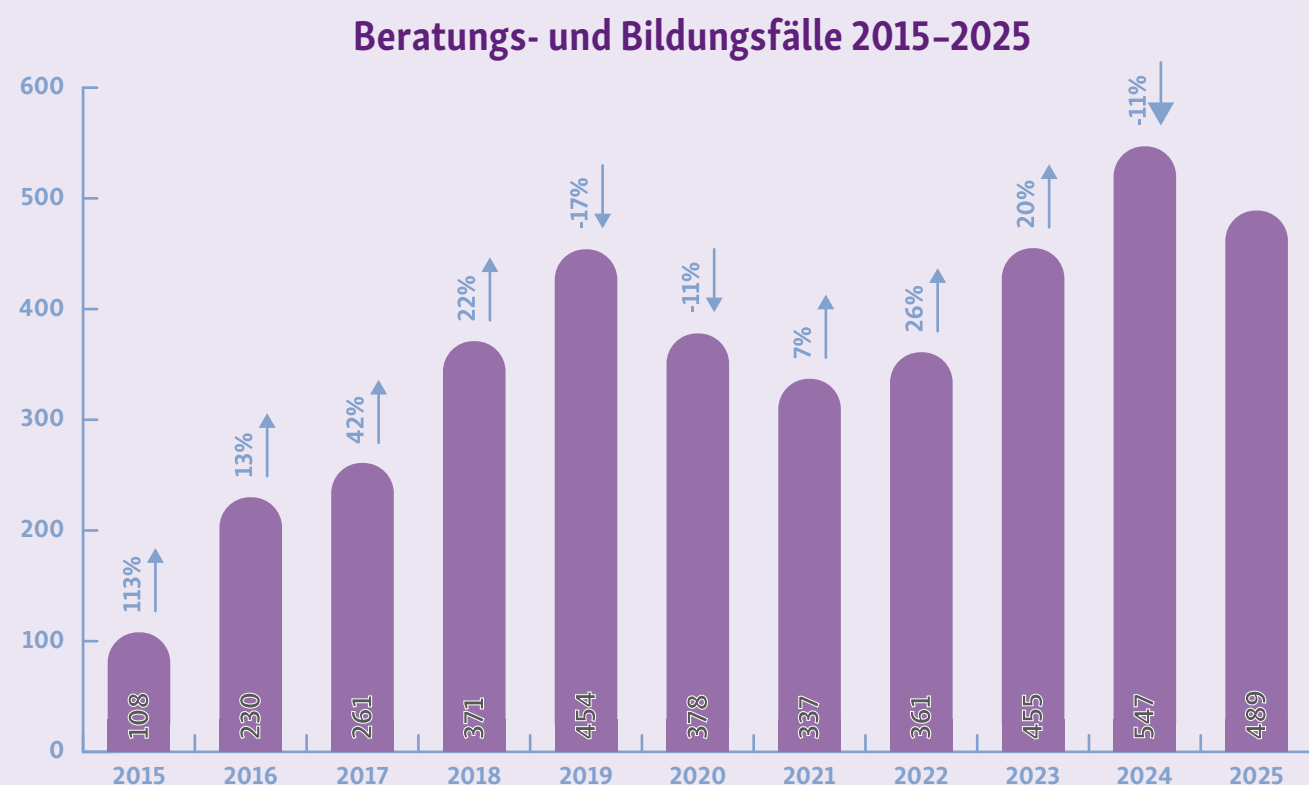


Abbildung 3: Fallzahlen der Beratungs- und Bildungsarbeit von 2015–2025 in absoluten Zahlen und prozentualem An- und Abstieg zum Vorjahresniveau (N=3502)

Von 2015 bis 2025 wurden insgesamt 3.991 Beratungs-, Bildungs- und Präventionsmaßnahmen durchgeführt, 2025 betrug die absolute Fallzahl 489. Außer ereignisbedingten und themenspezifisch erklärbaren Ursachen hat die langfristige Zunahme der Fallzahlen in den vergangenen Jahren vor allem folgende Gründe:

1. eine routinierte Koordination und Weiterleitung von Fallanfragen durch das Demokratiezentrum,
2. eine Verweisstruktur unter den Beratungsteams, aber auch durch Netzwerkpartner*innen (z.B. durch die kommunalen DEXT-Stellen und durch die Partnerschaften für Demokratie), die bei Bedarf ebenso auf die Beratungs- und Bildungsstruktur verweisen,

3. die Sichtbarkeit von Beratungsteams und ihrer Arbeit, die potenziellen Beratungsnehmer*innen ermöglicht, sich direkt an sie zu wenden,
4. die ausdifferenzierten Angebote, die sowohl in Broschüren (z.B. in der Broschüre „extrem gut! Bildungsangebote gegen Menschenfeindlichkeit“) als auch auf Websites der jeweiligen Teams und des Demokratiezentrums transparent dargestellt sind,
5. die gewachsenen finanziellen Ressourcen, die gut für eine Erweiterung der Beratung- und Bildungsarbeit genutzt werden konnten – exemplarisch für die Betroffenenberatung, die deutlich mehr Beratungen hat annehmen konnte,
6. die zunehmende Professionalisierung des Feldes, die die Berater*innen und politische Bildner*innen zu wichtigen Ansprechpartner*innen für Kommunen, Behörden, Schulen, Eltern und Betroffene von Diskriminierung gemacht hat.

3.1 Beratung

Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007–2025

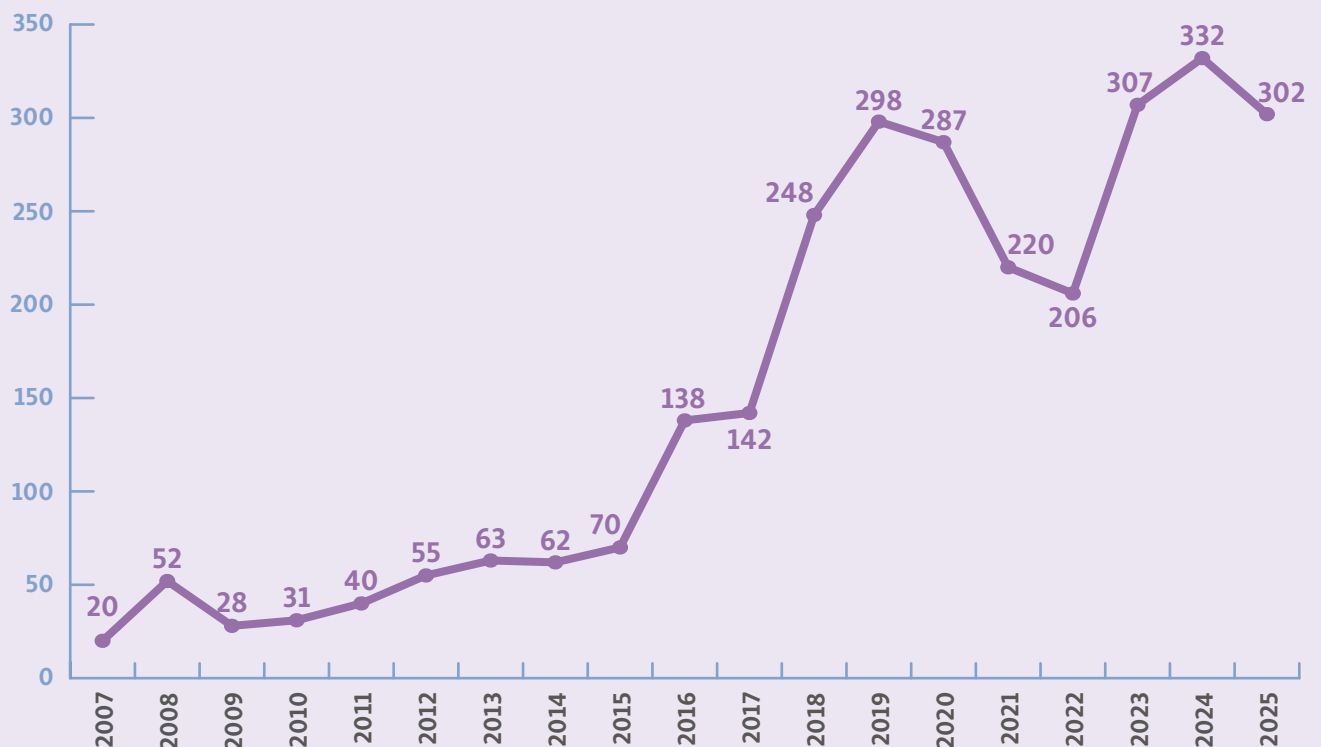


Abbildung 4: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007–2025

Nachdem im Jahr 2024 die höchste Zahl neuer Beratungen seit Gründung des Beratungsnetzwerks erreicht wurde, ist die Zahl neuer Beratungsfälle im Jahr 2025 leicht zurückgegangen. Das

liegt vor allem daran, dass viele der Beratungen aus 2024 weitergeführt wurden.

Exemplarische Fälle der Beratungsarbeit 2025

Die Beratungsbedarfe sind sehr unterschiedlich und umfassen eine große Spannweite gesellschaftlich akuter Problemlagen. Die folgenden Anfragen des letzten Jahres mögen dies exemplarisch illustrieren:

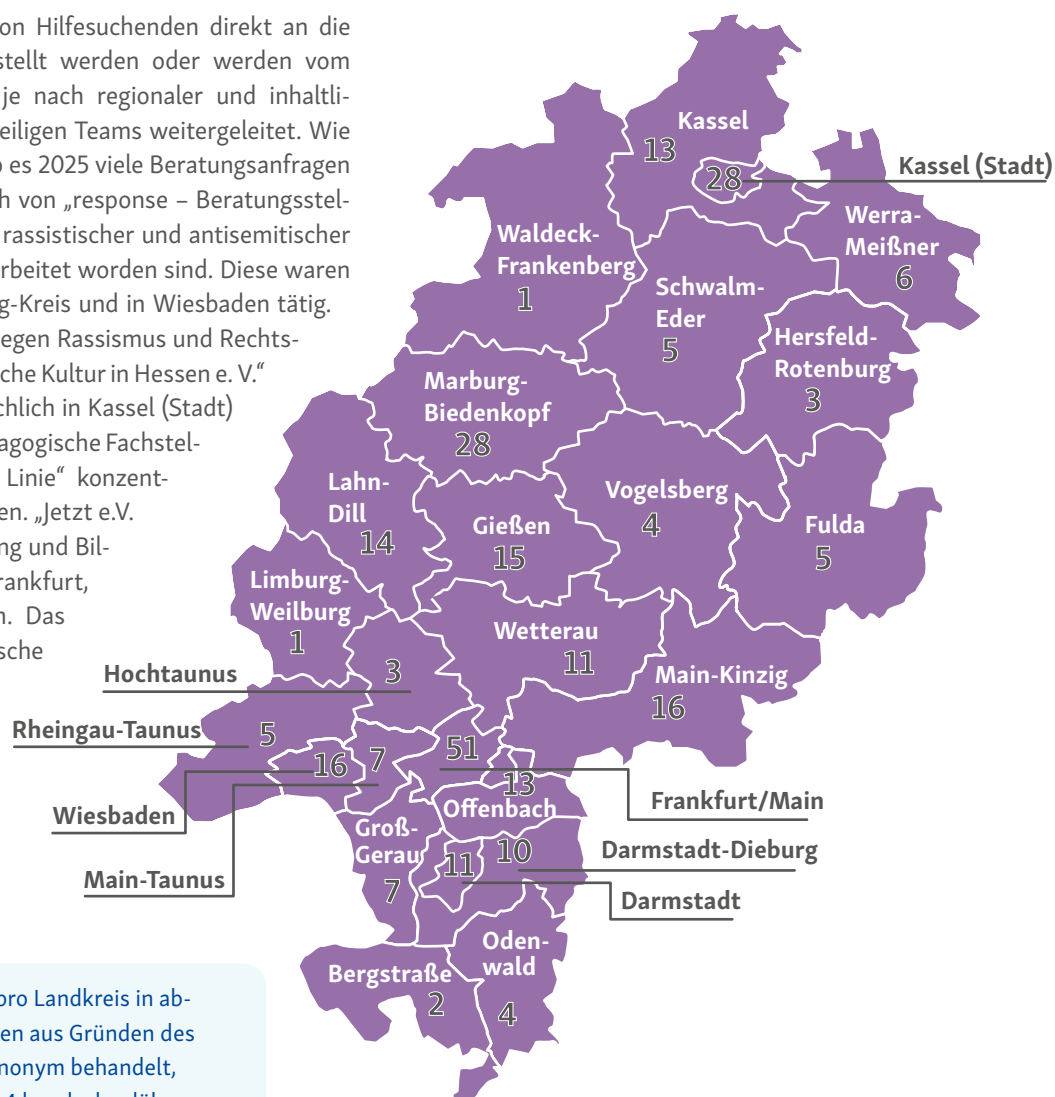
- Eine Person, die in einem Verein aktiv ist, äußert sich regelmäßig diskriminierend. Ein Mitglied des Vereins meldet sich bei der Mobilen Beratung, um zu erörtern, wie mit der Situation gut umgegangen werden kann.
- Die Social Media Aktivitäten des Kindes machen einem Elternpaar große Sorgen. Die Distanzierungsberatung soll beratend zur Seite stehen.

- Ein Arzt/eine Ärztin verweigert aus selbst geäußerten, rassistischen Gründen die Behandlung einer Person. Die Betroffenenberatung unterstützt die betroffene Person bezüglich der Fragen des weiteren Vorgehens.
- Eine kommunal verantwortliche Person wünscht sich Beratung zum Umgang mit Vorkommnissen, die sich in der eigenen Kommune abspielen.

Das sind nur einige von vielen unterschiedlichen Beispielen, warum sich Menschen 2025 an das Beratungsnetzwerk Hessen wandten. In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

Regionale Verteilung der Beratungen

Beratungsanfragen können von Hilfesuchenden direkt an die mobilen Beratungsteams gestellt werden oder werden vom Demokratiezentrum Hessen je nach regionaler und inhaltlicher Zuständigkeit an die jeweiligen Teams weitergeleitet. Wie auch in den letzten Jahren gab es 2025 viele Beratungsanfragen in Frankfurt, die hauptsächlich von „response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ beantwortet und bearbeitet worden sind. Diese waren auch in Kassel, im Main-Kinzig-Kreis und in Wiesbaden tätig. Das „Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V.“ (MBT Hessen) beriet hauptsächlich in Kassel (Stadt) und Kassel (Kreis), und die pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus „Rote Linie“ konzentrierte sich u. a. auf Mittelhessen. „Jetzt e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung“ beriet vorwiegend in Frankfurt, Wiesbaden und Mittelhessen. Das Team von DeGeDe e.V. (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.) beriet hauptsächlich in Frankfurt und im Wetteraukreis.



Karte 1: Beratungsfälle 2025 pro Landkreis in absoluten Zahlen, 16 Fälle wurden aus Gründen des erweiterten Datenschutzes anonym behandelt, 15 landkreisübergreifend und 4 bundeslandübergreifend (N=302)

Auf welchen geografischen Kontext bezieht sich die Beratung/Unterstützung überwiegend?	Anzahl
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	67
Kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	63
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	60
Große Großstadt (ab 500.000 EW)	51
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	23
Bundesländerübergreifend	8
Sonstiges	8
Dörfliches Umfeld (200 bis unter 500 EW)	7
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	5
Dörfliches Umfeld (500 bis unter 1.000 EW)	5
Kreisgebietsübergreifend	5

Tabelle 1: Verteilung der Beratungsfälle 2025 nach Ortsgröße (N=302)

Beratungsnehmer*innen

Die Kategorien zur Erfassung und Dokumentation von Beratungsfällen ermöglichen auch einen detaillierteren Blick auf die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer. Demnach suchten 2025 hauptsächlich Betroffene⁴ (2025: 95 Fälle, 28 %; 2024: 114 Fälle = 29,2 %) und prozentual häufiger als im Vorjahr pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen (2025: 40 Fälle, 12 %; 2024: 43 Fälle = 11,0 %) die Beratung auf.

Die Personengruppe der „Familienangehörigen“ hat im Jahr 2025 deutlich mehr Beratungen in Anspruch genommen (30 Fälle, 9 %).

Beratungsnehmer*innen 2025

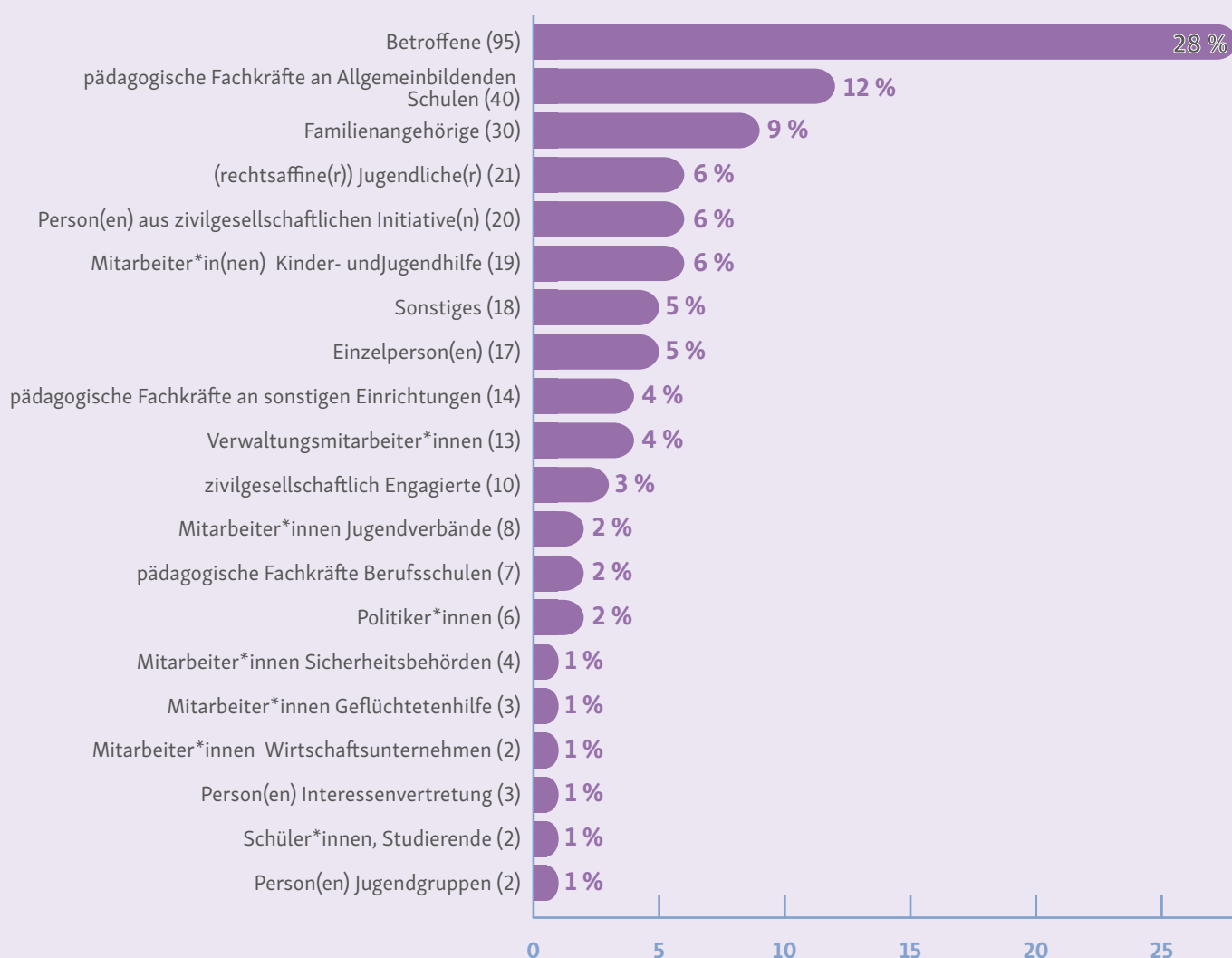


Abbildung 5: Wer wurde 2025 beraten? (Mehrfachnennungen möglich; N=335)

⁴ Durch die in der Angabe und Auswertung fehleranfällige Mehrfachnennung von Kategorien wurden alle Kategorien wieder getrennt ausgewertet, in diesem Fall „Betroffene“ und „Einzelpersonen ohne institutionellen Kontext“. „Betroffene“ meint Menschen, die z. B. von Diskriminierung betroffen sind.

Auch die Beratungskontexte wurden erhoben, d. h., worauf bezog sich die Beratung überwiegend? Im Jahr 2025 wurden besonders Beratungen mit Bezug zu allgemeinbildenden Schulen (2025: 60 Fälle, 20 %; 2024: 57 Fälle, 19 %) angefragt, gefolgt von Anfragen aus dem sozialen Nahraum⁵ (2025: 57 Fälle, 19 %; 2024: 69 Fälle = 20,4 %).

Die Beratungen im Kontext kommunaler Politik und Verwaltung sind anteilmäßig etwas weniger geworden (2025: 24 Fälle, 8 %; 2024: 34 Fälle = 10,6 %)

Die folgende Übersicht illustriert die sehr breit gefächerte und heterogene Beratungslandschaft 2025:

Beratungsfälle nach institutionellem oder sozialem Umfeld 2025

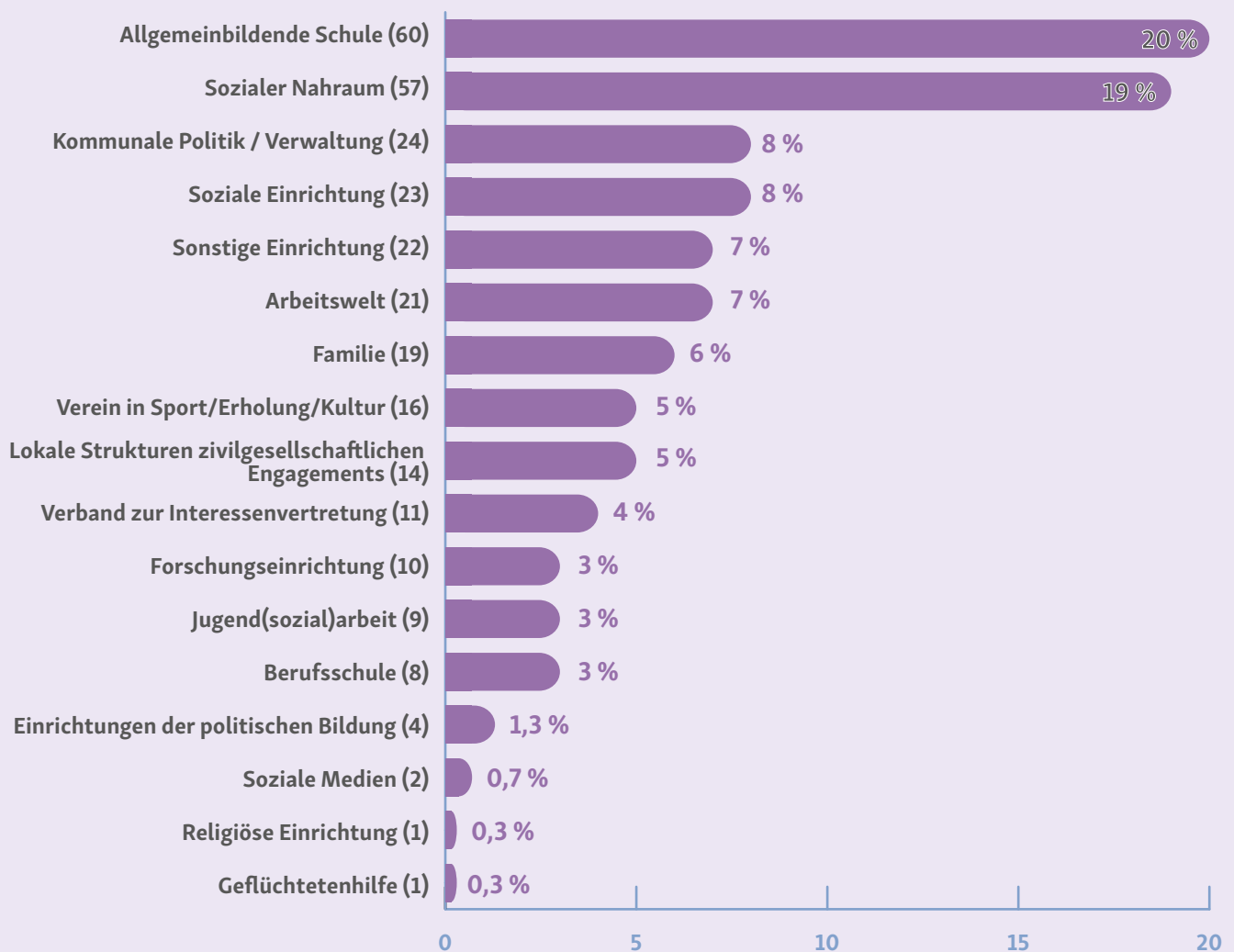


Abbildung 6: Institutioneller Bezug oder soziales Umfeld der Beratung 2025 (Einfachnennung; N=302)

⁵ Sozialer Nahraum = öffentliche Verkehrsmittel, Nachbarschaft, privates Wohnumfeld, nicht weiter spezifizierte Alltagsbezüge ohne institutionellen oder behördlichen Kontext.

Gründe und Anlässe der Beratung 2025

Untersucht man die Anlässe für Beratungsanfragen näher, so können mithilfe des Dokumentationssystems zunächst unterschiedliche Phänomenbereiche dargestellt werden, auf die sich die Beratung bezog. Es zeigt sich, dass 2025 erneut vor allem Vorfälle vor dem Hintergrund von Rechtsextremismus (2025: 142 Fälle, 31 %; 2024: 147 Fälle, 30 %), Rassismus (2025: 138 Fälle 30 %; 2024: 149 Fälle = 30 %), sowie Rechtspopulismus zu einer Beratung veranlasst (43 Fälle, 9 %).

Antisemitismus ist als Beratungsanlass etwas zurückgegangen (2025: 17 Fälle, 4 %; 2024: 26 Fälle = 5,3 %)⁶, Beratungsanfragen mit Bezug zu Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit sind gleichbleibend gering (2025: 10 Fälle, 2 %; 2024: 12 Fälle = 2,4 %)⁷.

Phänomenbereiche der Beratung 2025

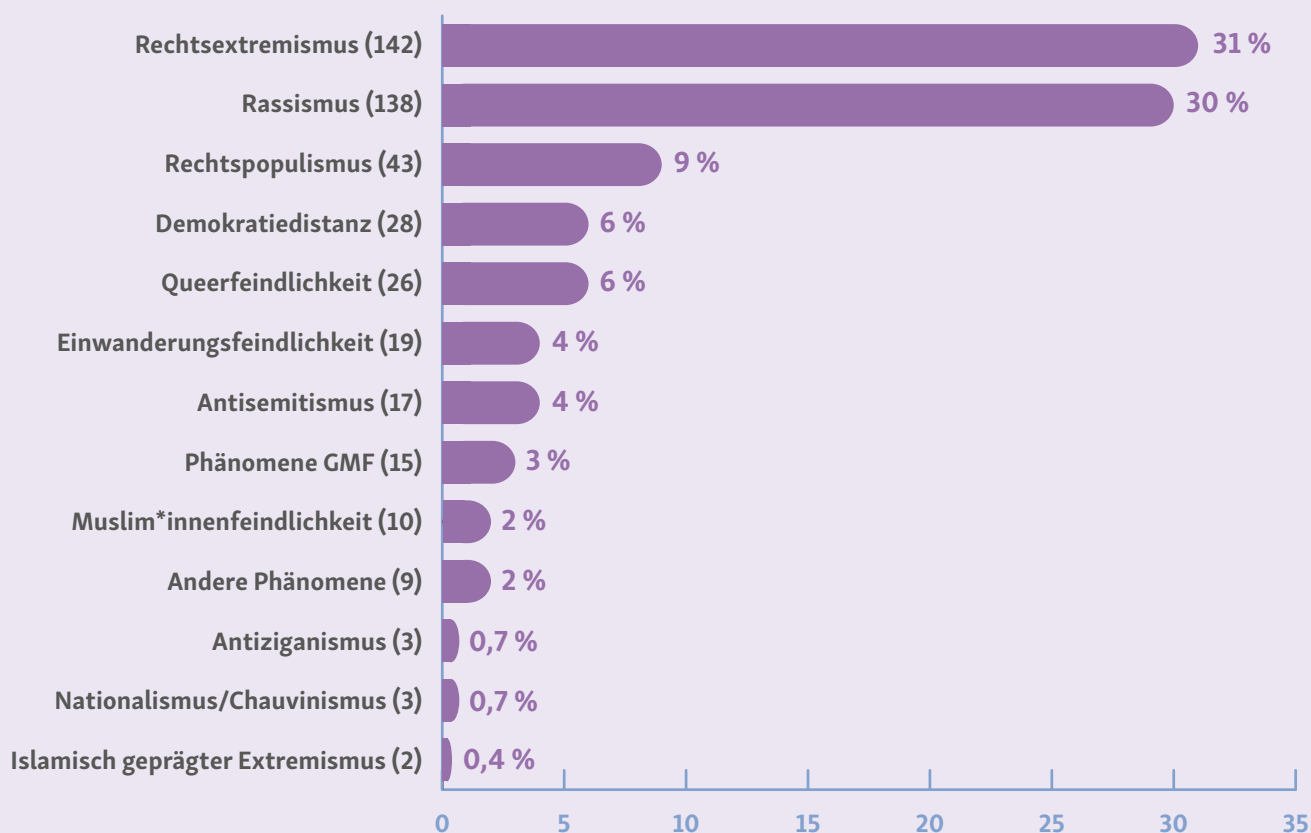


Abbildung 7: Phänomenbereich der Beratungsanfragen 2025 (Mehrfachnennungen möglich; N=455)

6 Der Bedarf an Beratung bei Betroffenheit von Antisemitismus ist in Hessen deutlich gestiegen, siehe dafür Beratungsstatistiken von OFEK e.V. Hessen: <https://ofek-beratung.de/materialien>, Abrufdatum: 01.06.2026

7 Auch hier zeigt die Statistik nur die Tätigkeit des Beratungsnetzwerks an, nicht den realen Bedarf.

Rassismus, Rechtsextremismus und die anderen in obiger Grafik genannten Phänomene, auf die sich die Beratungen hauptsächlich bezogen, zeigen sich im Alltag auf vielfältige Weise. Entsprechend unterschiedlich waren auch die konkreten Themen bzw. Gegenstände, die zu einer Beratungsanfrage führten.

Nach der erheblichen Zunahme des Gegenstandsbereichs Gewalt/Bedrohung im Jahr 2024 (144 Fälle, 35,0 %), ging diese Zahl in 2025 leicht zurück (2025: 108 Fälle, 28 %).

Gegenstand der Beratung 2025

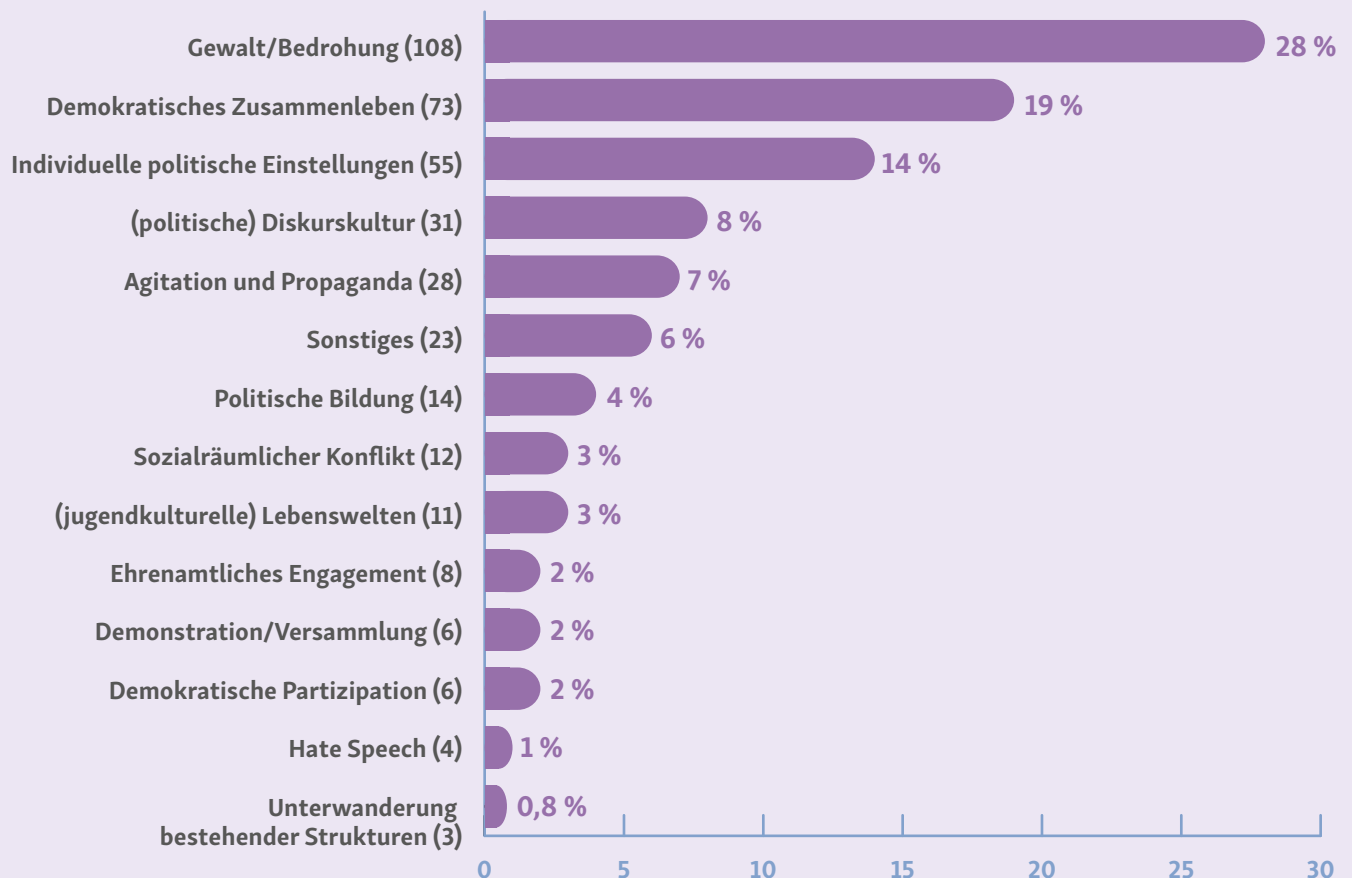


Abbildung 8: Hauptsächlichster Gegenstand der Beratungen 2025 (max. 2 Nennungen möglich; N=382)

Art der Beratungsleistungen

Die Beratungsarbeit ist sehr vielfältig. Die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen des Beratungsnetzwerks Hessen wurden auch für 2025 standardisiert erfasst und verdeutlichen, wie facettenreich das Spektrum der unterschied-

lichen eingesetzten Methoden für eine gelingende Beratung ist – vom klassischen Beratungsgespräch über Recherchen, Coachings bis hin zu Organisationsentwicklungsprozessen; siehe dazu folgende Tabelle:

Art der Beratungs- und Unterstützungsleistung(-en)/des Angebots: [Mehrfachnennungen]	Anzahl	Anteil
Beratungsgespräch	233	48 %
Auskunft/Informationsvermittlung	75	15 %
Entwicklung von Handlungsstrategien	44	9 %
Verweisberatung	44	9 %
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	31	6 %
Recherche/Lageeinschätzung	15	3 %
Organisationsentwicklung (z.B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	11	2 %
Projekt-/Maßnahmeentwicklung	10	2 %
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z.B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	6	1 %
Coaching	4	1 %
Koordination und Vernetzung	4	1 %
Krisen-/Konfliktmanagement	4	1 %
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	3	1 %
Sonstiges	3	1 %
	487	

Tabelle 2: Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen und Angebote 2025 (Mehrfachnennungen möglich; N=487)

3.2 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Während Beratungen anlassbezogen und prozessorientiert verlaufen, handelt es sich bei Bildungs- und Präventionsveranstaltungen oftmals um kurzzeitige, einmalige und i. d. R. anlassunabhängige Angebote. So kann beispielsweise nach einem rechtsextremistischen Vorfall an einer Schule ein Fortbildungsworkshop für Lehrkräfte gezielt angefragt werden, die Beratungsteams können aber auch direkt von den unterschiedlichen Zielgruppen für eine Veranstaltung angefragt werden, ohne dass ein konkreter Vorfall Anlass für die Anfrage sein muss.

Seitdem im Jahr 2015 explizit auch Bildungs- und Präventionsangebote in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks Hessen aufgenommen wurden, ist deren Anzahl, mit Ausnahme des coronabedingten Einschnitts in den Jahren 2020 und 2021, kontinuierlich gestiegen. So stieg zuletzt die Anzahl an durchgeführten Präventions- und Bildungsveranstaltungen innerhalb eines Jahres um 45,27 % an. Für 2025 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2015–2025

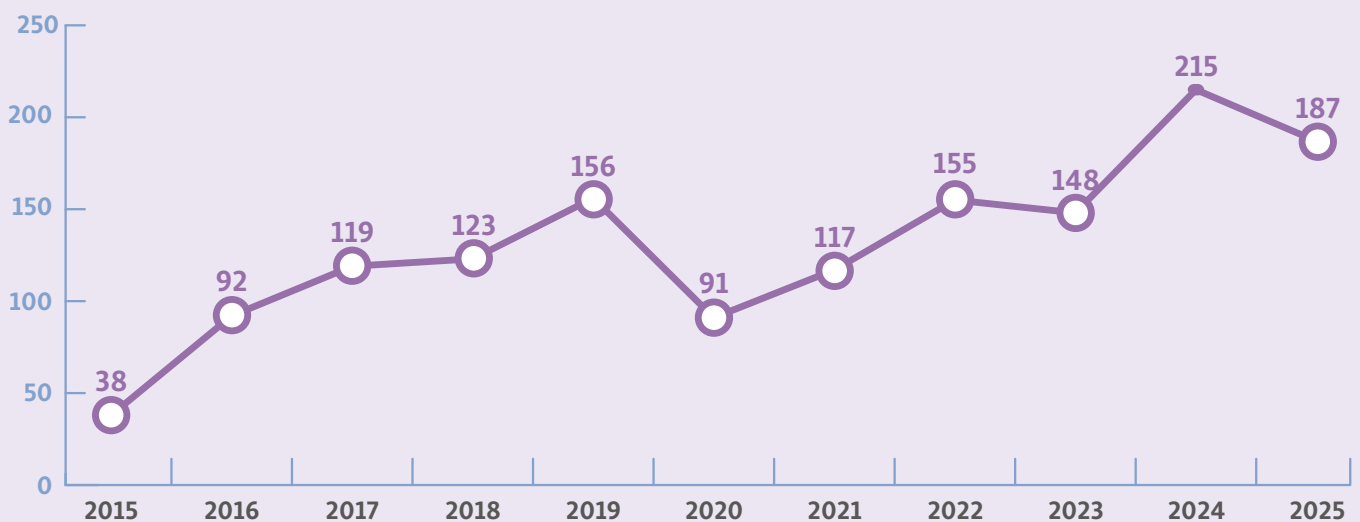


Abbildung 9: Leichter Rückgang der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2025

Exemplarische Fälle der Bildungsarbeit

Ähnlich wie bei den Beratungsfällen zeigt sich auch bei den Bildungsveranstaltungen eine Spannweite der Nachfrage nach gesellschaftlichen Themen, die laut der Anfragen ans Netzwerk einem größeren Personenkreis in Form von Vorträgen, Workshops oder Podiumsgesprächen zugänglich gemacht werden sollten. Hier einige Beispiele:

- *Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen lernen Symbole und Codes der rechtsextremistischen Szene kennen, um sie im Schulalltag erkennen und einordnen zu können.*
- *In einem Argumentationstraining sollen Menschen in ihrer demokratischen Haltung bestärkt und für Ideologien der Ungleichwertigkeit und des Rechtsextremismus im Alltag sensibilisiert werden.*
- *In einer Kommune sollen die Angebote des Beratungsnetzwerks vorgestellt werden. In diesem Rahmen werden auch rechtsextremistische Vorkommnisse in der Kommune besprochen.*
- *In Vorträgen werden Themen wie Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und Radikalisierungssphänomene in Krisenzeiten vorgestellt.*
- *Im Rahmen eines Fachtages zum Thema Jugend und psychische Gesundheit werden die Folgen von zunehmendem Social-Media-Konsum besprochen.*

Zielgruppen und Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Die hauptsächliche Zielgruppe bei den 187 Bildungsveranstaltungen waren Lehrer*innen (38 Veranstaltungen, 20 %), hauptamtliche Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit und Jugendhilfe (20 Veranstaltungen, 11 %) und pädagogische Fachkräfte (20 Veranstaltungen, 11 %). Damit wurde auch im letzten Jahr ein beson-

derer Fokus auf die Arbeit mit Multiplikator*innen gesetzt. Aber auch bei Bürgerbündnissen (18 Veranstaltungen, 10 %), Vereinen (17 Veranstaltungen, 9 %) und Schüler*innengruppen (17 Veranstaltungen, 9 %) wurden Coachings, Vorträge, Workshops und Fortbildungen durchgeführt.

Zielgruppen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2025

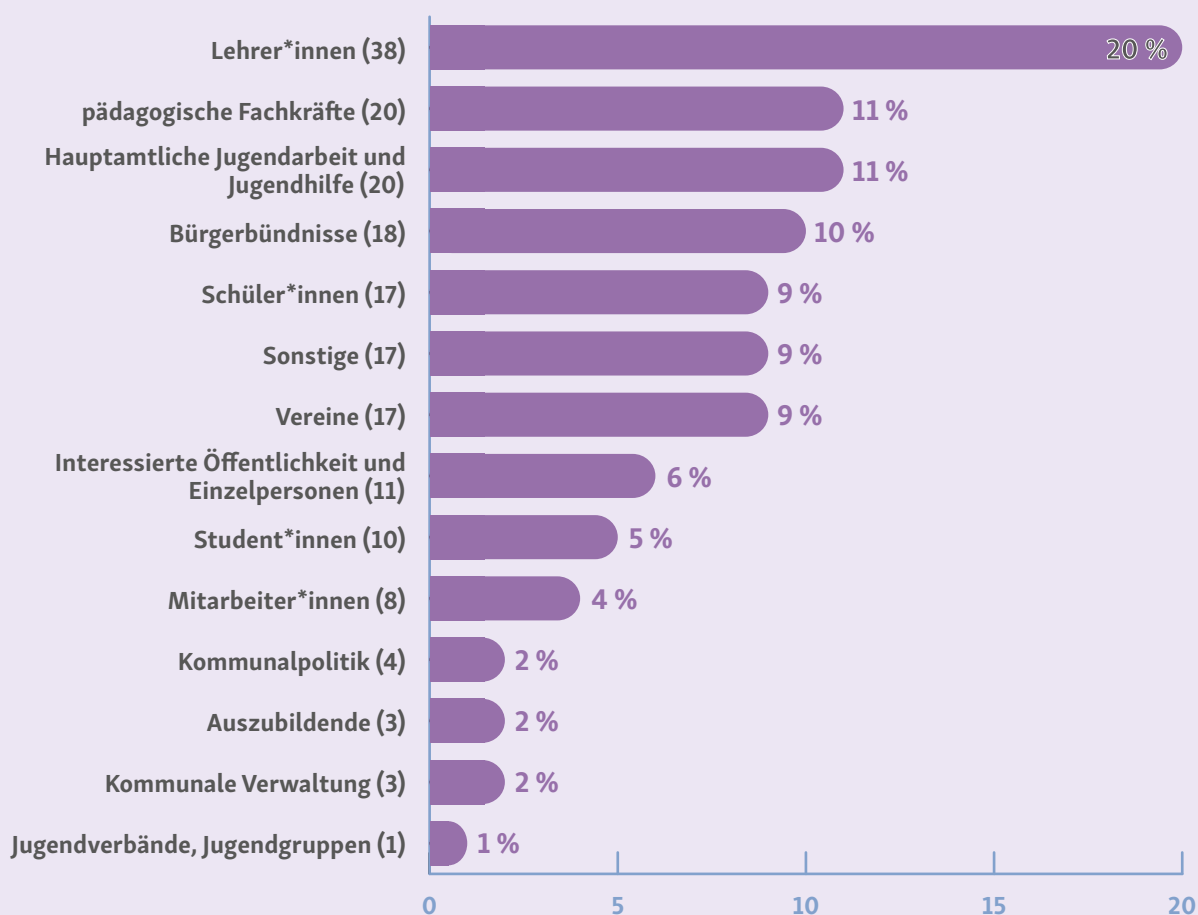


Abbildung 10: Zielgruppen der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen 2025, N=187

Die Erhebung des institutionellen und sozialen Kontextes der Bildungsveranstaltungen zeigt für 2025, dass trotz geringerer Fallanzahl die Anfragen aus allgemeinbildenden Schulen kaum zurückgegangen sind (2025: 41 Fälle, 22 %; 2024: 43 Fälle = 20 %). Ebenso ist die Zahl der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen im Kontext des regionalen Ehrenamts gleichgeblieben (2025:

28 Fälle, 15 %; 2024: 28 Fälle = 13 %). Die Anfragen aus der Jugendsozialarbeit (2025: 22 Fälle, 12 %; 2024: 16 Fälle, 7,4 %), Universitäten (2025: 2024: 23 Fälle = 10,7 %; 2023: 20 Fälle = 13,5 %) und kommunaler Politik/Verwaltung (2024: 22 Fälle = 10,2 %; 2023: 20 Fälle = 13,5 %) haben sich ebenfalls leicht erhöht.

Institutioneller Kontext der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2025

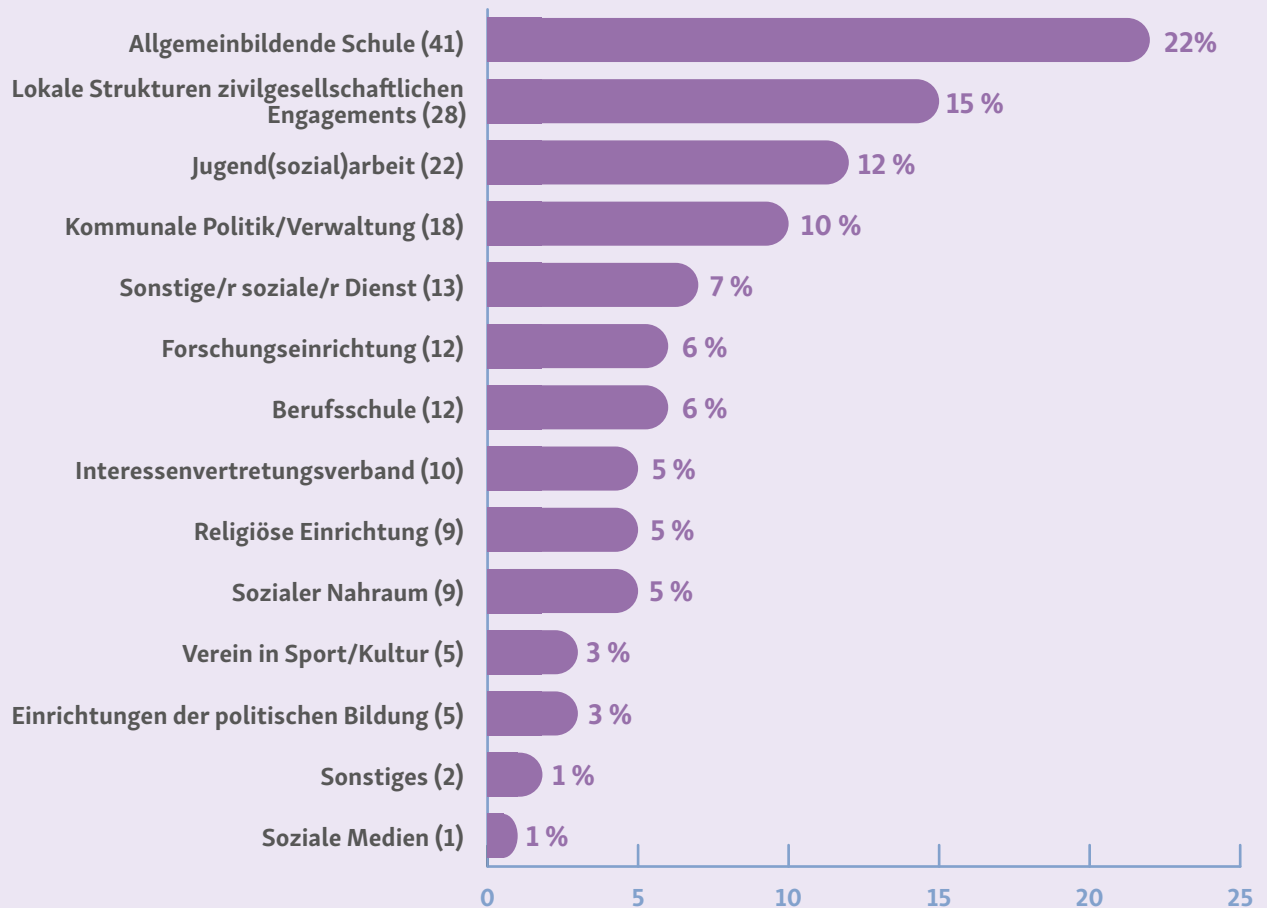


Abbildung 11: Institutionelles oder soziales Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2025 (N=187)

3.2.2 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Sowohl 2024 als auch 2025 wurden überwiegend Workshops, Schulungen und Fortbildungen durchgeführt (2025: 119; 2024: 155); die etwas geringere Fallzahl zeigt sich auch an den Veranstaltungsformaten. Nur Vorträge (2025: 49; 2024: 42) wurden 2025 häufiger gehalten als 2024.

Tabelle 3: Bildungs- und Präventionsformate 2024 und 2025 im Vergleich (Mehrfachnennungen möglich; 2024 N=215; 2025 N=187)

Format der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	2024	2025
Workshop / Schulung / Fortbildung	155	119
Vortrag	42	49
(Podiums-)Diskussion, Fachgespräch	14	13
Sonstiges	4	6
	215	187

Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Vergleicht man die Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen aus den Jahren 2025, 2024 und 2023 (in der Säulengrafik unten in absoluten Zahlen), wird deutlich, dass die Themen Rechtsextremismus, rechtsextremistische Codes und Lebenswelten sowie Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus eine ungebrochen hohe Nachfrage haben.

Zudem zeigt sich im Vergleich 2023 und 2025, dass Argumentationstrainings gegen Rechtsextremismus weiterhin ein oft gefragtes Format sind. Einen deutlichen Rückgang gab es bei Veranstaltungen zum Thema Rassismus und Demokratie und Partizipation.

Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2023–2025

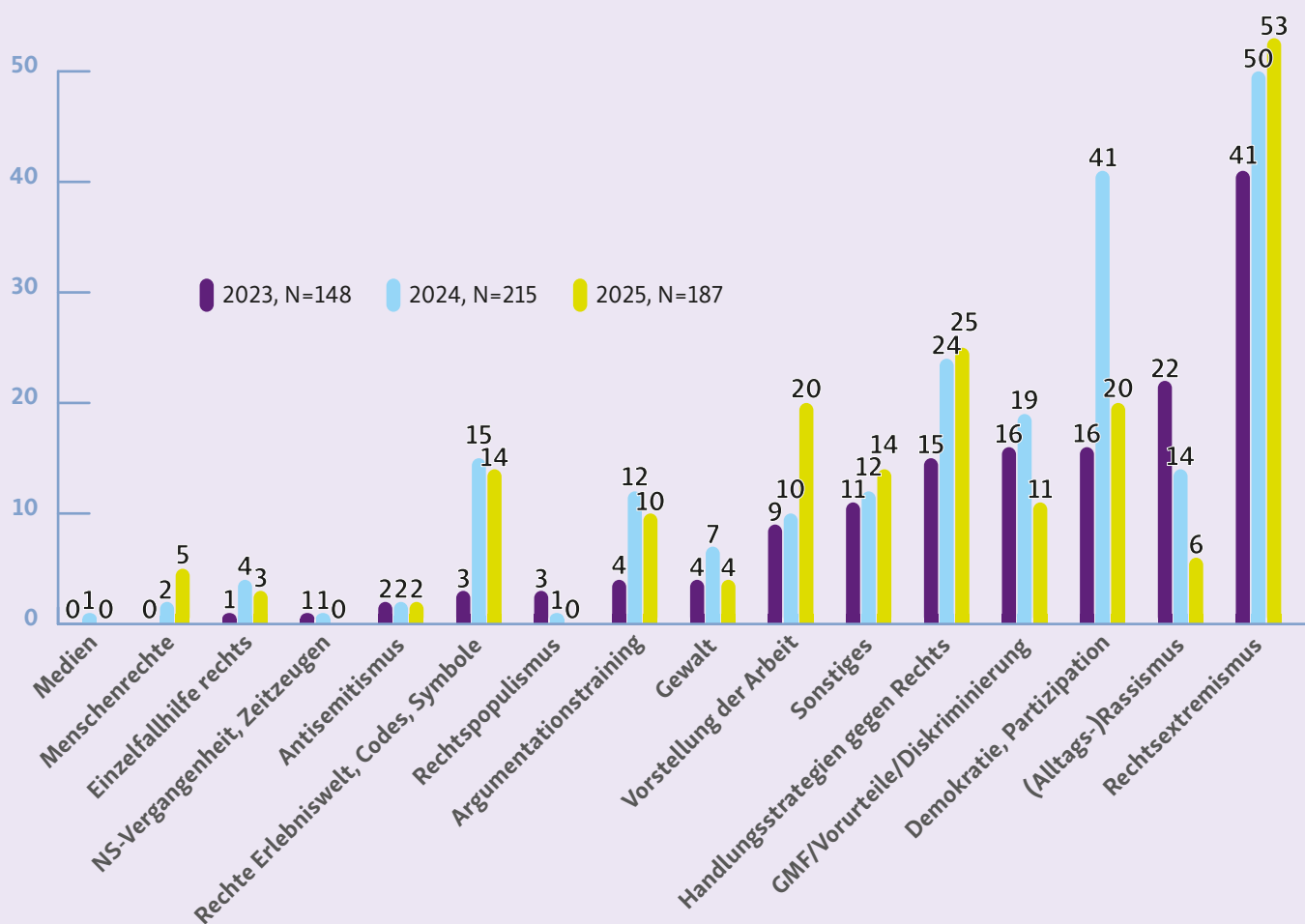
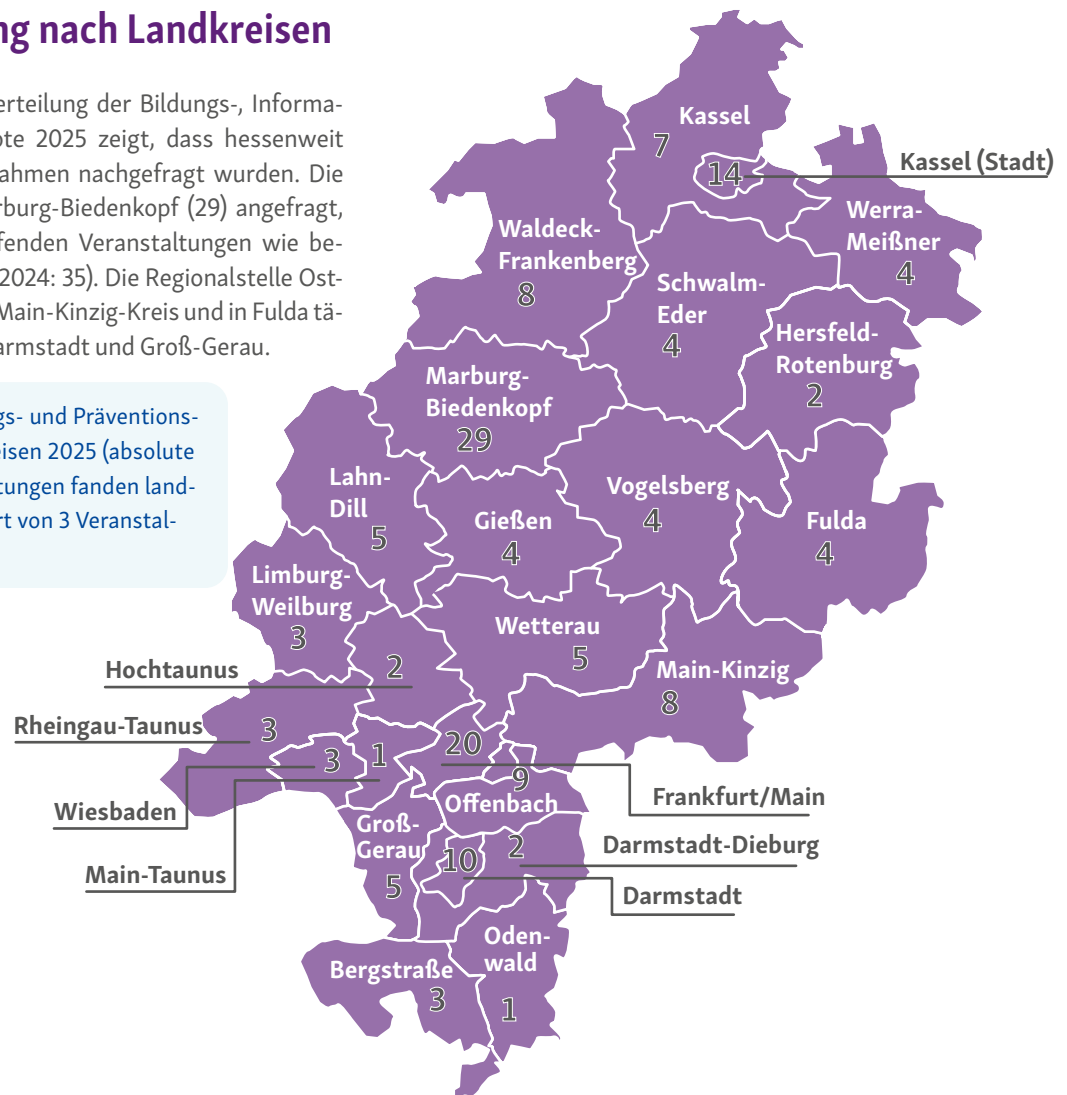


Abbildung 12: Phänomenbereich der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2023 (N=148), 2024 (N=215) und 2025 (N=187) im Vergleich, Einfachnennung

Regionale Verteilung nach Landkreisen

Die folgende Landkarte der Verteilung der Bildungs-, Informations- und Präventionsangebote 2025 zeigt, dass hessenweit nahezu flächendeckend Maßnahmen nachgefragt wurden. Die meisten davon wurden in Marburg-Biedenkopf (29) angefragt, gefolgt von landkreisübergreifenden Veranstaltungen wie bereits im letzten Jahr (2025: 28; 2024: 35). Die Regionalstelle Osthessen war dabei vor allem im Main-Kinzig-Kreis und in Fulda tätig; die Regionalstelle Süd in Darmstadt und Groß-Gerau.

Karte 2: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen nach Landkreisen 2025 (absolute Zahlen), 28 Bildungsveranstaltungen fanden landkreisübergreifend statt, der Ort von 3 Veranstaltung wurde anonymisiert.



Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Dokumentation der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen näher erfasst. Demnach fanden 2025, wie bereits in den Jahren zuvor, die meisten Bildungs-, Informations- und Präven-

tionsveranstaltungen in Mittelstädten statt – mit einem leichten Anstieg (2025: 61; 2024: 54). Eine Zunahme an Veranstaltungen gab es ebenso bei den Gemeindeverbänden (2025: 15; 2024: 13).

Tabelle 4: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2025 nach Ortsgröße

Auf welchen geografischen Kontext bezieht sich die Bildungs- oder Präventionsveranstaltung überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	61
Kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	27
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	27
Kreisgebietsübergreifend	22
Große Großstadt (ab 500.000 EW)	20
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	15
Bundesländerübergreifend	11
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	4

4. Antisemitismus sichtbar machen, Allianzen stärken: Das Jahr 2025 für RIAS Hessen



Symbolbild Rias. Foto: Dennis Siepmann

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen



RIAS HESSEN

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Die Kernaufgaben von RIAS Hessen sind die Dokumentation antisemitischer Vorfälle sowie deren quantitative und qualitative Einordnung. In unseren Jahresberichten zeigen wir Entwicklungen und Tendenzen auf, um daraus Handlungsbedarfe und Maßnahmen, etwa für Bildungsangebote, abzuleiten.

RIAS Hessen dokumentiert antisemitische Vorfälle – wie alle RIAS-Meldestellen – unabhängig davon, ob sie einen Straftatbestand erfüllen. Denn zentral ist es, die Erfahrungen der Betroffenen sichtbar zu machen und auch jenen Antisemitismus abzubilden, der den Alltag prägt, ohne zwangsläufig strafrechtlich relevant zu sein. Seit 2022 ist eine stetige Steigerung der Fallzahlen zu beobachten. Seit dem 7. Oktober 2023 befindet sich RIAS Hessen zudem in einer anhaltend hohen Belastungssituation, die die alltägliche Arbeit stark prägt.

Auch 2025 stand für uns immer wieder die Frage im Mittelpunkt: Was brauchen die Betroffenen? Wo finden sie Rat, Schutz und Begleitung? In vielen Fällen vermittelten wir deshalb an unsere Kooperationspartnerin OFEK e.V., die Fachberatungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.

Ein starker Schulterschluss

Besonders wichtig war auch 2025 der enge Kontakt mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, mit Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Gemeinden sowie mit der jüdischen Community in ihrer ganzen Vielfalt. Wir möchten wissen, wo und wann es uns braucht.

Auch der Austausch mit der Meldestelle Antiziganismus Hessen blieb eng. Im November 2025 konnten wir zudem mit dem Deutschen Exilarchiv 1933 bis 1945 der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt einen neuen Kooperationspartner gewinnen. Jeder Schulterschluss ist stärkend. Für uns von RIAS Hessen erweitert sich mit jedem Gespräch und jeder gemeinsamen Veranstaltung der eigene Horizont.

Mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz blieb auch 2025 die etablierte Routine eines regelmäßigen Jour fixe bestehen. Hinzu kamen Meetings und fachliche Diskussionen mit weiteren staatlichen Behörden und Akteurinnen und Akteuren.

„Ja, DAS ist Antisemitismus!“

Darüber hinaus war RIAS Hessen in zahlreichen weiteren Zusammenhängen aktiv. In der „Konzeptwerkstatt Antisemitismus“ treffen sich zweimal im Jahr Vertreterinnen und Vertreter antisemitismuskritischer Bildungseinrichtungen aus Hessen in einem nicht öffentlichen Format. RIAS Hessen war 2025 zudem auf zahlreichen Veranstaltungen präsent – mit Vorträgen zu den Ursprüngen der antisemitischen Welle nach dem 7. Oktober 2023 ebenso wie mit Workshops und fachlichen Beiträgen.

Anfang November 2025 konnten wir gemeinsam mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Hessen im Deutschen Filminstitut und Filmmuseum in Frankfurt den Film „The Children of October 7“ zeigen. Unsere Ausstellung „Ja, DAS ist Antisemitismus! Jüdische Erfahrungen in Hessen“ war 2025 an acht Stationen zu sehen. (Mehr zur Ausstellung auf Seite 47)

Was uns umtreibt, ist die Entgrenzung von Antisemitismus im Alltag, in Bildungseinrichtungen und auf der Straße. Die Grenzen des Sagbaren haben sich seit dem 7. Oktober 2023 deutlich verschoben. Solidaritäten und Allianzen sind weggebrochen; Relativierungen wie „Ja, aber“ oder „Man muss beide Seiten sehen“ sind für viele Betroffene zu einer alltäglichen Erfahrung geworden.

RIAS Hessen wird weiterhin einen 360-Grad-Blick auf Antisemitismus richten. Es geht darum, alle Erscheinungsformen sichtbar zu machen und die Brückenfunktion in unterschiedliche gesellschaftliche und politische Milieus klar zu benennen.

*Susanne Urban und Team
(Gabriel Hoppe und Leonie Nütz)*

5. Schwerpunkt- thema Schule: 159 Vorfälle und ein klarer Auftrag

Schulen als zentrale Orte der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

Rechtsextremistische, antisemitische und rassistische Vorfälle an Schulen gehörten auch im Jahr 2025 zu den besonders sichtbaren Herausforderungen in Hessen. Das Thema Schule betrifft dabei nicht nur einzelne Beratungs- oder Präventionsangebote, sondern nahezu das gesamte Beratungsnetzwerk.

Schulen sind Orte, an denen gesellschaftliche Konflikte, demokratiefeindliche Einstellungen und menschenfeindliche Ideologien früh sichtbar werden. Zugleich sind sie zentrale Räume für Prävention, Intervention und demokratische Bildung. Damit bildet der schulische Kontext ein wichtiges Querschnittsthema für die Arbeit des Demokratiezentrum Hessen und seiner Träger.

Nach Angaben des Hessischen Kultusministeriums wurden im Jahr 2025 insgesamt 159 rechtsextremistische Vorfälle an hessischen Schulen gemeldet. Bereits zur Jahresmitte waren 62 Vorfälle bekannt geworden; in 35 Fällen wurden Strafanzeigen gestellt. Die nun vorliegende Jahresbilanz zeigt, dass sich diese Entwicklung im zweiten Halbjahr fortgesetzt hat: Von den 159 dokumentierten Vorfällen wurden 92 zur Anzeige gebracht. Die Zahlen liegen damit weiterhin auf einem hohen Niveau und verdeutlichen, dass rechtsextremistische Vorfälle im schulischen Kontext kein Randphänomen darstellen.

Das Spektrum der gemeldeten Vorfälle reicht von Hakenkreuz- und Parolenschmierereien in Schulgebäuden über das Zeigen des Hitlergrußes bis hin zu rechtsextremistischen oder rassistischen Gesängen, diskriminierenden Äußerungen sowie Propaganda in sozialen Medien und Klassenchats. Gerade digitale Kommunikationsräume spielen dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Rechtsextremistische Inhalte, rassistische Abwertungen oder antisemitische Codes verbreiten sich dort häufig niedrigschwellig und erreichen Kinder und Jugendliche auch außerhalb des unmittelbaren Schulalltags.

Problematische Chats, Bedrohungslagen und Vieles mehr

Neben rechtsextremistischen Vorfällen werden im schulischen Kontext auch antisemitische und islamistische Zwischenfälle erfasst. Zugleich verweist das Hessische Kultusministerium darauf, dass seit Ende 2023 strengere Meldepflichten für Schulen gelten und Vorfälle dadurch systematischer dokumentiert werden. Die gestiegenen beziehungsweise anhaltend hohen Fallzahlen sind daher auch Ausdruck einer verbesserten Erfassung. Sie zeigen jedoch ebenso deutlich, dass menschenfeindliche Einstellungen im Alltag von Schulen weiterhin präsent sind und pädagogische Fachkräfte, Schulleitungen, Eltern sowie Schüler*innen vor konkrete Herausforderungen stellen.



Schulen sind Lernorte und zugleich Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. Im Jahr 2025 wurden an hessischen Schulen 159 rechtsextremistische Vorfälle gemeldet – von menschenfeindlichen Äußerungen bis zu verbotenen Symbolen und Propaganda.
Foto: Dennis Siepmann



Rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Inhalte erreichen zunehmend auch jüngere Kinder und Jugendliche. Umso wichtiger sind Schulen, die früh hinschauen, Betroffene schützen und demokratische Haltung im Alltag sichtbar machen. Foto: Dennis Siepmann

Für die Arbeit des Beratungsnetzwerks ist diese Entwicklung von besonderer Bedeutung. Viele Träger des Netzwerks sind direkt oder indirekt mit schulischen Anfragen befasst: durch Beratung nach Vorfällen, durch Unterstützung von Schulleitungen und Lehrkräften, durch Präventionsangebote, Projekttag, Fortbildungen oder durch die Begleitung von Konfliktlagen im Schulumfeld. Schulen wenden sich dabei nicht nur an das Netzwerk, wenn es bereits zu strafrechtlich relevanten Handlungen gekommen ist. Häufig geht es auch um Unsicherheiten im Umgang mit rechtsextremistischen Symbolen, menschenfeindlichen Äußerungen, problematischen Klassenchats, Bedrohungslagen oder der Frage, wie eine Schulgemeinschaft nach einem Vorfall angemessen reagieren kann.

Die Reaktionen auf entsprechende Vorfälle umfassen unterschiedliche Ebenen. Schulen sind verpflichtet, rechtsextremistische oder antisemitische Vorfälle an die zuständigen Staatlichen Schulämter zu melden. Bei einem Verdacht auf strafbare Handlungen erfolgt eine Prüfung und gegebenenfalls die Einbindung von Polizei und Staatsschutz. Ebenso wichtig bleiben pädagogische und schulische Maßnahmen: Gespräche mit Schüler*innen und Eltern, Präventionsangebote, Projekttag, schulische Veranstaltungen sowie im Einzelfall schulrechtliche Konsequenzen bis hin zu zeitweisen Ausschlüssen oder Schulverweisen.

Ein klarer Auftrag für das Beratungsnetzwerk

Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen, machte im Berichtsjahr deutlich, dass rechtsextremistische Einstellungen unter Kindern und Jugendlichen aktuell ein zentrales Thema der Beratungsarbeit sind. Dies betrifft zunehmend auch

jüngere Altersgruppen. Aus dem Netzwerk wird berichtet, dass Schulen regelmäßig Beratung und Unterstützung anfragen. Die Fälle zeigen, dass es nicht allein um einzelne Provokationen geht, sondern häufig um tieferliegende Orientierungen, Gruppendynamiken und gesellschaftliche Diskurse, die in den schulischen Raum hineinwirken.

Schulen bleiben damit doppelt bedeutsam: Sie sind Orte, an denen rechtsextremistische, antisemitische und rassistische Vorfälle sichtbar werden. Zugleich sind sie zentrale Orte, an denen demokratische Haltungen gestärkt, Betroffene geschützt und menschenfeindlichen Ideologien frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Für das Beratungsnetzwerk ergibt sich daraus ein klarer Auftrag: Schulen brauchen verlässliche Ansprechpersonen, fachliche Einordnung, schnelle Unterstützung im Krisenfall und langfristige Präventionsangebote. Das Schwerpunktthema Schule bleibt daher auch über das Jahr 2025 hinaus ein wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bleiben.

Dennis Siepmann

Quellen:

Frankfurter Rundschau, 21.08.2025; Hessenschau; Evangelische Zeitung/epd, 29.01.2026; Hessischer Landtag/Hessisches Kultusministerium, Antwort auf parlamentarische Anfrage, Stichtag 30.06.2025.

6. Aus der Praxis

Die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen findet dort statt, wo Menschen Unterstützung brauchen – in Schulen, Kommunen, Vereinen, Behörden oder zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die folgenden Praxisberichte zeigen exemplarisch, welche Themen die Projekte 2025 beschäftigt haben und wie sie demokratisches Engagement vor Ort stärken.

6.1 REGIONALSTELLE NORD- UND OSTHESSEN

Demokratie unter Druck – Mobile Beratung Hessen im Jahr 2025

2025 steht für das Mobile Beratungsteam Hessen (MBT Hessen) im Zeichen eines Umbruchs. Mit der neuen Trägerschaft als eigener Verein und steigenden Beratungsanfragen reagiert das Team auf wachsende Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Angriffen auf demokratisches Engagement.



Brennpunkt Schule und Jugendarbeit: Hier liegt ein Schwerpunkt der Beratungsarbeit 2025. Pädagogische Fachkräfte berichten von Jugendlichen, die sich teilweise sehr schnell radikalisieren.

So kommt es zu Vorfällen, bei denen Jugendliche offen mit rechtsextremistischen Symbolen und Parolen auftreten: Sie erscheinen mit Springerstiefeln und Bomberjacken auf dem Schulhof, rufen „Heil Hitler“, malen Hakenkreuze und skandieren Parolen.

Auffällig ist dabei die starke Rolle von Queerfeindlichkeit. Sie dient extrem rechten Akteuren zunehmend als Mobilisierungsthema.

Das MBT Hessen unterstützt Schulen und Einrichtungen vor allem mit Lageeinschätzungen und Handlungsempfehlungen. Gemeinsam mit den Fachkräften entwickeln wir pädagogische Strategien für den Umgang mit radikalisierten Jugendlichen.

Angriffe auf zivilgesellschaftliches Engagement

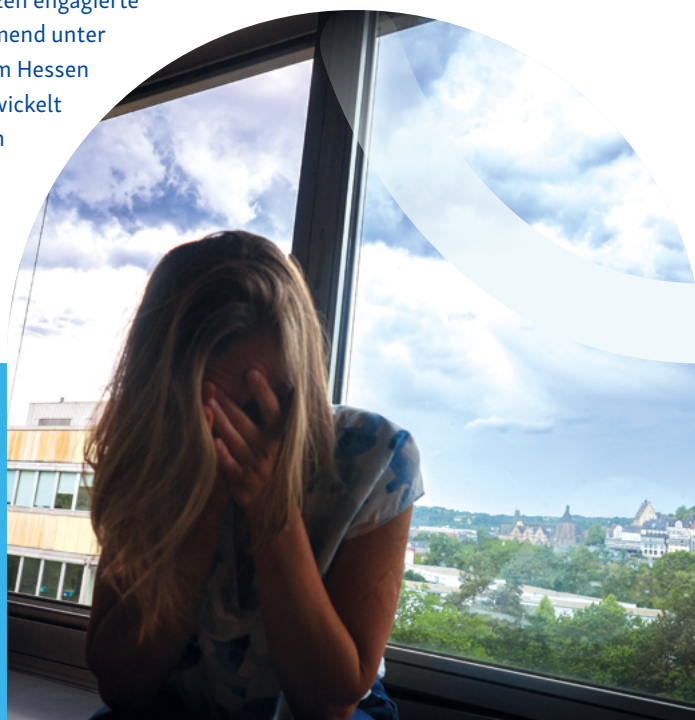
Zivilgesellschaftliche Initiativen sehen sich zugleich häufiger öffentlichen Angriffen ausgesetzt (etwa sie seien „linksextrem“). Vereinen, Bündnissen oder Lehrkräften wird etwa vorgeworfen, politisch nicht „neutral“ zu sein oder Fördermittel missbräuchlich zu verwenden.

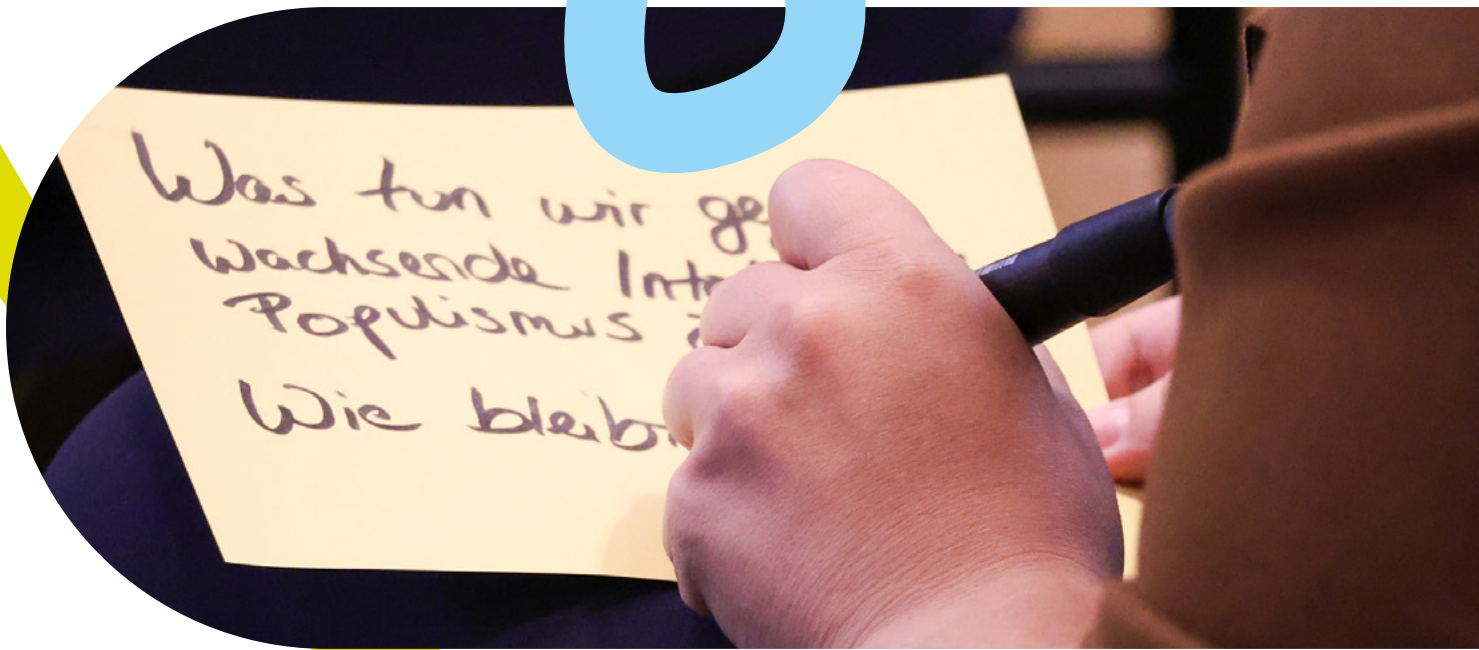
Solche Vorwürfe verunsichern viele Organisationen. Entsprechend häufig wenden sie sich an das MBT Hessen mit Fragen zur (parti-)politischen Neutralität, etwa wenn sie rechtsextremistische Mitglieder ausschließen oder sich öffentlich positionieren möchten.

Gemeinsam mit lokalen DEXT-Stellen (Demokratieförderung und Extremismusprävention auf kommunaler Ebene) organisiert das MBT daher auch Fachveranstaltungen zum Umgang mit extrem rechten Akteuren.

Öffentliche Angriffe, Bedrohungen und der Vorwurf mangelnder Neutralität setzen engagierte Menschen und Initiativen zunehmend unter Druck. Das Mobile Beratungsteam Hessen bietet fachliche Einordnung, entwickelt Schutz- und Handlungsstrategien und stärkt Ratsuchende darin, weiterhin klar demokratisch Position zu beziehen.

Foto: Dennis Siepmann





Stete Fort- und Weiterbildung sowie die kontinuierliche Vernetzung mit anderen Fachstellen sind Kernelemente der Mobilen Beratung.
Foto: Dennis Siepmann

Neue Bildungsformate und stärkere Vernetzung

Argumentationstrainings bleiben gefragt, finden jedoch überwiegend im Rahmen konkreter Beratungsfälle statt. Ergänzend erprobt das MBT Hessen kürzere Vortragsformate. Sie verbinden Strategien gegen rechte Argumentationen mit der Stärkung eigener demokratischer Positionen.

Zugleich begleitet das Team zivilgesellschaftliche Bündnisse in verschiedenen Regionen Hessens und organisiert Vernetzungstreffen. Ein wachsendes Thema ist dabei die Sicherheit im Engagement, etwa bei lokalen Initiativen oder Veranstaltungen wie Christopher Street Day-Paraden, die zunehmend Ziel extrem rechter Agitation werden.

Unsichere Rahmenbedingungen

Trotz der steigenden Anforderungen bleiben die strukturellen Rahmenbedingungen schwierig. Wie viele Projekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erfährt auch das MBT Hessen erst sehr spät, ob die Förderung im folgenden Jahr weitergeführt wird.

Für ein Arbeitsfeld, das langfristige Beziehungen und Vertrauen braucht, bleibt diese Unsicherheit eine große Herausforderung.

Das MBT-Team

6.2 REGIONALSTELLE SÜD

Engagement unter Druck – und neue Wege der Beratung

2025 zeigt sich in der Arbeit der Regionalstelle Süd deutlich: Rassismus, Queerfeindlichkeit und Antisemitismus treten offener auf. Gleichzeitig geraten Menschen, die sich für Demokratie engagieren, stärker unter Druck. Die Mobile Beratung unterstützt sie dabei, handlungsfähig zu bleiben.

Viele Anfragen kommen weiterhin aus Schulen, der Jugendarbeit und der Sozialen Arbeit – also dort, wo gesellschaftliche Entwicklungen früh sichtbar werden. Gleichzeitig wenden sich zunehmend auch Hochschulen und Akteur*innen aus dem Kulturbereich an uns.

Ein zentrales Thema bleibt der Umgang mit radikalisierten Jugendlichen. In Workshops zu rechten Codes und Symboliken arbeiten wir mit Fachkräften daran, solche Entwicklungen früh zu erkennen und einzuordnen. Ergänzend stärken wir Ansätze der geschlechterreflektierenden Pädagogik – als wichtigen Baustein der Prävention.

Wenn Engagement zum Risiko wird

Viele Initiativen berichten 2025 von Bedrohungen und Anfeindungen. Für ehrenamtlich Engagierte stellt sich immer häufiger die Frage: Wie sicher ist unser Engagement eigentlich noch? Wir unterstützen daher verstärkt bei der Entwicklung von Sicherheitskonzepten – von der Einschätzung von Risiken bis zu konkreten Schutzmaßnahmen.



Wenn demokratisches Engagement zum Risiko wird, braucht es fachliche Unterstützung und verlässliche Schutzstrukturen. Die Regionalstelle Süd berät Schulen, Initiativen und weitere Einrichtungen im Umgang mit Rechtsextremismus, Queerfeindlichkeit und Antisemitismus – und stärkt sie darin, auch unter Druck handlungsfähig zu bleiben. Foto: Dennis Siepmann



Gleichzeitig intensivieren wir die Zusammenarbeit mit LSBTQI*-Netzwerken. Auslöser sind zunehmende Anti-CSD-Proteste, die inzwischen auch in Hessen sichtbar werden. Gemeinsam mit Veranstalter*innen entwickeln wir ein Onlineformat zur Sicherheit von Veranstaltungen und bringen Themen wie Antifeminismus und Queerfeindlichkeit gezielt in Netzwerke ein.

Die Vernetzungen der rechten Szene

Ein Blick auf rechte Akteur*innen zeigt: Viele sind längst überregional organisiert. Gerade im verschwörungsideologischen und rechtsesoterischen Spektrum bestehen enge Verbindungen zwischen Aktiven aus Südhessen, Mittelhessen, Bayern und Baden-Württemberg.

Auch im sogenannten Reichsbürger-Milieu wird diese Vernetzung sichtbar – etwa bei Solidaritätsaktionen rund um den Prozess gegen die „Gruppe Reuß“ in Weiterstadt.

Für unsere Arbeit heißt das: Beratung darf nicht an regionalen Grenzen enden. Austausch und Vernetzung werden noch wichtiger.

„Rechts von uns das Land“

Ein besonderes Projekt entsteht 2025 gemeinsam mit der Frankfurter Theatergruppe „andpartnersincrimine“.

Im Performance-Projekt „Rechts von uns das Land – Eine Kaffeeahrt“ organisiert die Gruppe Bustouren durch das Rhein-Main-Gebiet. An mehreren Stationen geben Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen Einblicke in Themen wie Antifeminismus und extreme Rechte.

Wir begleiten das Projekt fachlich und beteiligen uns mit einem Beitrag zum Phänomen der „Trad Wives“. Für uns ist das mehr als ein Einzelprojekt: Es zeigt, wie sich neue Zielgruppen erreichen lassen – jenseits klassischer Formate.

Es braucht Verlässlichkeit

So dynamisch sich die Arbeit entwickelt, so unsicher bleiben die Rahmenbedingungen. Auch 2025 fällt die Entscheidung über die Weiterförderung erst kurz vor Jahresende.

Gleichzeitig steigen rechtsextremistische Straftaten weiter an. Umso klarer wird: Mobile Beratung braucht Verlässlichkeit. Nur so lassen sich Menschen und Strukturen langfristig stärken.

Das Team der Regionalstelle Süd

6.3 RESPONSE

Zehn Jahre an der Seite der Betroffenen

Seit zehn Jahren unterstützt response Menschen, die von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt betroffen sind. Als Opferberatungsstelle im Beratungsnetzwerk Hessen begleitet das Team Betroffene bei den unmittelbaren Folgen eines Angriffs, unterstützt sie bei Behördengängen und Gerichtsverfahren und steht ihnen langfristig zur Seite. Auch 2025 bleibt die Nachfrage nach dieser Unterstützung hoch.

An den Standorten Kassel und Frankfurt am Main begleitet response im Jahr 2025 insgesamt 165 Beratungsfälle. Davon werden 109 neu aufgenommen, weitere 56 Beratungen setzen bereits begonnene Unterstützungsprozesse aus den Vorjahren fort.

Den größten Teil der Beratungsarbeit machen weiterhin rassistisch motivierte Vorfälle aus. Auffällig ist jedoch, dass der Anteil schwerer Gewalttaten weiter steigt: Mehr als ein Drittel der neu aufgenommenen Beratungen betrifft Straftaten wie Körperverletzungen. Gleichzeitig berichten Betroffene zunehmend von rechten, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen am Arbeitsplatz.

Langfristige Begleitung nach schweren Gewalttaten

Am Standort Kassel prägen 2025 insbesondere zwei größere Verfahrenskomplexe die Arbeit.

Dazu gehören die Begleitung von zwei Strafverfahren im Zusammenhang mit den rechten Hetzjagden in Chemnitz im Jahr 2018, die gemeinsam mit der Opferberatungsstelle SUPPORT des RAA Sachsen e. V. erfolgt. Hinzu kommt ein weiteres Gerichtsverfahren wegen eines schweren rassistisch motivierten Angriffs nahe des Open Flair-Festivals im August 2022.

Seit zehn Jahren berät und begleitet response Menschen, die von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt betroffen sind. Das Jubiläum steht für verlässliche Unterstützung, fachliche Kontinuität und eine konsequente Parteinahme für die Perspektiven der Betroffenen.

Foto: Dennis Siepmann

response.

Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Die Verfahren zeigen, dass Betroffene häufig über viele Jahre hinweg Unterstützung benötigen – weit über den eigentlichen Tatzeitpunkt hinaus.

Zehn Jahre response

Ein besonderer Moment des Jahres ist das zehnjährige Bestehen von response.

Im April blickt das Team gemeinsam mit Kooperations- und Netzwerkpartner*innen in den neuen Frankfurter Büroräumen auf Erfolge, Herausforderungen und die Entwicklung der Beratungsstelle zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Austausch, Vernetzung und das gemeinsame Engagement gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt.

Anlässlich des Jubiläums erscheint außerdem eine Broschüre, die auf die Entwicklung der Beratungsstelle und zehn Jahre Opferberatung in Hessen zurückblickt.

Hier der Link zum Jahresbericht: https://hessenschauthin.de/wp-content/uploads/2025/12/Broschüre-10-Jahre-response_final.pdf

Das Team von response – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



6.4 ROTE LINIE

Radikalisierung, die immer früher beginnt

Wie erreicht man Jugendliche, bevor sich rechtsextremistische Einstellungen verfestigen? Genau hier setzt die Arbeit der Roten Linie an. Das Projekt des Beratungsnetzwerks Hessen unterstützt junge Menschen beim Ausstieg aus demokratiefeindlichen Entwicklungen und berät zugleich Eltern, Schulen, Jugendhilfe und weitere Fachkräfte. 2025 zeigt sich dabei ein deutlicher Trend: Die Anfragen nehmen weiter zu – und die Jugendlichen werden immer jünger.

Die Nachfrage nach Unterstützung steigt 2025 erneut. Die Rote Linie begleitet **61 neue Fälle** in der Distanzierungs- und Umfeldberatung sowie **67 Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen**.

Besonders deutlich wächst die Zahl der Anfragen aus Schulen und von Jugendgerichtshilfen. Gleichzeitig werden die Beratungen anspruchsvoller. Neben rechtsextremistischen Einstellungen geht es zunehmend auch um schwere Gewalttaten, Bedrohungen, den Umgang mit Sprengstoffen oder zum Beispiel auch um sogenannte „Pedo-Hunting“-Gruppen im Internet.

Viele Beratungsprozesse dauern dadurch länger und erfordern eine intensive Begleitung.

Jugendliche früher erreichen

Eine der wichtigsten Entwicklungen betrifft das Alter der Zielgruppe. Immer häufiger wenden sich Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen wegen Jugendlicher unter 15 Jahren an die Rote Linie.



Rechtsextremistische Akteure sprechen Kinder und Jugendliche gezielt über soziale Medien an. Dort verbreiten sie ideologische Inhalte, knüpfen Kontakte und fördern die Gründung eigener Gruppen. An Schulen zeigt sich dies unter anderem durch Hitlergrüße, rechtsextremistische Schmierereien, Bedrohungen oder menschenfeindliche Aussagen.

Für die Distanzierungsarbeit bedeutet das: Das Zeitfenster, in dem Jugendliche noch erreicht werden können, bevor sich Einstellungen verfestigen oder Straftaten folgen, wird immer kleiner.

Viele der Jugendlichen gelangen über pädagogische Maßnahmen, Schulen oder die Jugendgerichtshilfe in die Beratung. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass zwischen einem Vorfall und dem Beginn einer Beratung häufig wertvolle Zeit vergeht. Umso wichtiger sind frühzeitige Zugänge und ausreichend Kapazitäten.

Unterstützung für das Umfeld

Nicht nur Jugendliche selbst benötigen Unterstützung. Auch Eltern, Angehörige sowie Fachkräfte aus Schulen, Jugendhilfe und Behörden suchen zunehmend Rat im Umgang mit rechtsextremistischen Entwicklungen.

Parallel dazu wächst die Nachfrage nach Fortbildungen. Besonders gefragt sind Workshops zum Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen und schwierigen Gesprächssituationen.

Inhaltlich stehen Rechtsextremismus, Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und das Reichsbürger-Milieu im Mittelpunkt. Darüber hinaus entwickelt die Rote Linie passgenaue Angebote für unterschiedliche Zielgruppen – etwa zur rechtsextremismussensiblen Ausbildung in einem Industrieunternehmen oder zur rassismussensiblen Pädagogik für Kita-Leitungen und pädagogische Fachkräfte.

Wachsende Bedarfe

Die Entwicklungen des Jahres 2025 zeigen deutlich: Die Distanzierungsarbeit gewinnt weiter an Bedeutung. Um Jugendliche frühzeitig zu erreichen und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, braucht es aus Sicht der Roten Linie einen weiteren Ausbau der Beratungsangebote.

Torsten Niebling



Foto: Dennis Siepmann

Fachstelle am Limit – Rechtsextremismus bei Jugendlichen wächst

Innenminister Poseck besucht Fachstelle „Rote Linie“



Hessens Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck (dritter von rechts) zu Gast bei der pädagogischen Fachstelle Rote Linie.
Foto: Dennis Siepmann

Der hessische Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck hat auf Einladung von Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen, die pädagogische Fachstelle Rote Linie besucht, um sich über deren Arbeit zu informieren. Das Team der Fachstelle arbeitet landesweit mit Kindern und Jugendlichen, die mit rechtsextremistischen Einstellungen in Berührung gekommen sind oder bereits erste Straftaten im extremistischen Kontext begangen haben.

„Wir arbeiten mit den jungen Menschen und ihrem direkten Umfeld – mit Schulen, Ausbildungsstellen, Angehörigen und Vereinen“, erklärt Torsten Niebling, Co-Leiter der Roten Linie. Genau dieser niedrigschwellige, beziehungsorientierte Ansatz mache die Arbeit besonders wirksam. Gleichzeitig stellte Niebling fest: „Wir stehen längst an der Kapazitätsgrenze. Die Zahl der Hilfeforderungen nimmt weiter zu – obwohl wir jetzt schon voll ausgelastet sind.“

Minister Poseck zeigte sich bei seinem Besuch sehr interessiert und stellte zahlreiche Nachfragen zu Methoden und Erfahrungen aus der praktischen Arbeit. Er betonte, wie wichtig präventive Ansätze im Umgang mit rechtsextremistischen Tendenzen seien – insbesondere bei jungen Menschen. Zwar stehe Hessen derzeit unter erheblichem Haushaltsdruck, die Arbeit der Fachstelle sei aber von „enormem gesellschaftlichem Wert“ und Poseck selbst werde sich weiter persönlich für das Thema einsetzen.

„Wohin sollen sich die Jugendlichen distanzieren?“

Die Mitarbeitenden der „Roten Linie“ griffen diesen Punkt auf – und warnten zugleich vor wachsenden Herausforderungen: „Wir erleben, dass sich das Umfeld vieler Jugendlicher verändert hat. Wo es früher noch Widerspruch oder klare Grenzen gab, stoßen rechtsextremistische Aussagen heute leider immer häufiger auf Zustimmung oder Gleichgültigkeit“, sagt Chioma Oguebinike, Co-Leiterin des Projekts. Wenn das soziale Umfeld eine demokratiefeindliche Haltung als „normal“ akzeptiere, sei es kaum mehr möglich, glaubwürdige Distanzierungsangebote zu schaffen. „Denn wohin sollen sich die Jugendlichen eigentlich distanzieren, wenn die radikale Position zum Alltag gehört?“

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen blicken die Fachkräfte mit Sorge in die Zukunft. Ohne zusätzliche Ressourcen und klare politische Rückendeckung werde es zunehmend schwer, junge Menschen rechtzeitig zu erreichen und vor einer weiteren Radikalisierung zu schützen.

Hier geht es zum Facebook-Video:

<https://www.facebook.com/watch/?v=2867437656776340>

Dennis Siepmann

6.5 JETZT!

Demokratie stärken – Beratung für Schulen, Kommunen und Engagement vor Ort



Wie können Schulen auf demokratiefeindliche Vorfälle reagieren? Wie können Vereine Haltung zeigen, ohne Anfeindungen ausgesetzt zu sein? Und wie gelingt es Kommunen, demokratische Werte im Alltag zu stärken? Mit solchen Fragen beschäftigt sich Jetzt! e. V. – ein Träger der Mobilen Beratung im Beratungsnetzwerk Hessen. Auch 2025 begleitet das Team Menschen und Institutionen im Rhein-Main-Gebiet und in Mittelhessen dabei, Handlungssicherheit zu gewinnen und demokratische Strukturen zu stärken.

Jetzt! e. V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – ist Teil des Beratungsnetzwerks Hessen und verantwortet die Mobile Beratung für die Regionalstelle Süd. Die Arbeit richtet sich an Menschen und Institutionen, die Unterstützung im Umgang mit Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit oder gesellschaftlichen Konflikten suchen.

2025 begleitet das Team unter anderem Schulen, Hochschulen, Kommunen, Verwaltungen, ehrenamtlich Engagierte sowie Bündnisse für Demokratie und Vielfalt.

Schulen als Schwerpunkt

Besonders häufig wenden sich Schulen an die Mobile Beratung. Dabei geht es um unterschiedliche Herausforderungen: einzelne demokratiefeindliche Vorfälle, rechtsaffine Entwicklungen oder die Frage, wie Schulen langfristig Prävention stärken können.

Das Team unterstützt Lehrkräfte und Schulleitungen bei der Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten, begleitet Interventionen und hilft dabei, tragfähige Präventionskonzepte aufzubauen. Ziel ist es, Schulen dauerhaft darin zu stärken, demokratische Werte im Alltag zu verankern.

Haltung zeigen und Schutz schaffen

Auch Institutionen und Organisationen fragen zunehmend Unterstützung bei Leitbildprozessen an. Viele Einrichtungen möchten deutlicher sichtbar machen, wofür sie stehen und wie demokratische Werte ihre Arbeit prägen.

Gleichzeitig wächst der Bedarf an Schutzkonzepten. Zivilgesellschaftliche Initiativen und staatliche Stellen erleben zunehmend Anfeindungen oder Bedrohungen. Die Mobile Beratung unterstützt dabei, geeignete Strategien zu entwickeln und Handlungssicherheit zu schaffen.

Vernetzung in der Region stärken

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Vernetzung lokaler Akteur*innen in Westhessen. Seit mehreren Jahren begleitet Jetzt! e. V. den Austausch zwischen unterschiedlichen Stellen im Lahn-Dill-Kreis und angrenzenden Regionen.

Auch 2025 kommen Menschen aus verschiedenen Arbeitsfeldern zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, Herausforderungen zu diskutieren und gemeinsame Schwerpunkte für die Region zu entwickeln.

Ein besonderes Beispiel dafür ist das neue Dialogformat „Begegnung auf Augenhöhe – Dialog im ländlichen Raum“.

Gerade in kleineren Orten verändern sich gesellschaftliche Debatten und das Zusammenleben vieler Menschen spürbar. Unterschiedliche Sichtweisen stehen oft nebeneinander, ohne dass echter Austausch entsteht. Das Dialogformat schafft Räume für Gespräche – offen, respektvoll und ohne vorschnelle Schuldzuweisungen. Ziel ist es, besser zu verstehen, was Menschen vor Ort bewegt und wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden kann.

Unsicherheit trotz wachsender Bedarfe

Die Nachfrage nach Beratung steigt – gleichzeitig bleiben die Rahmenbedingungen herausfordernd.

Lange bleibt auch 2025 offen, wie sich das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiterentwickelt und welche Förderperspektiven sich daraus ergeben.

Für Mitarbeitende und Beratungsnehmende schafft diese Unsicherheit schwierige Bedingungen. Gerade in einem Arbeitsfeld, das von Vertrauen und langfristigen Beziehungen lebt, sind stabile Perspektiven besonders wichtig.

Weitere Informationen:

www.jetzt-ev.de

6.6 DEGEDE

Wenn demokratische Orientierung gefragt ist

Wie gehen Schulen, Kommunen oder Initiativen mit gesellschaftlichen Spannungen um? Wie gelingt es, demokratische Haltung sichtbar zu machen und Menschen zu stärken, die sich für ein respektvolles Zusammenleben engagieren? Mit solchen Fragen beschäftigt sich das Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe). Als Teil des Beratungsnetzwerks Hessen begleitet das Projekt Kommunen, Verbände, Initiativen und staatliche Institutionen dabei, demokratische Strukturen zu stärken und Konflikte konstruktiv zu bearbeiten.

Die Entwicklungen des Jahres 2025 prägen viele Beratungs- und Fortbildungsprozesse. Menschenfeindliche Positionen treten sichtbarer auf. Demokratisch engagierte Menschen und Organisationen erleben häufiger Anfeindungen oder geraten unter Druck. Gleichzeitig beschäftigen viele Einrichtungen Fragen danach, wie sie demokratische Werte vertreten und dabei handlungsfähig bleiben können.

Demokratische Haltung stärken

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt deshalb in der Begleitung von Verbänden, Initiativen und staatlichen Institutionen. Im Mittelpunkt stehen demokratische Haltung, Konfliktfähigkeit und Handlungssicherheit. Besonders häufig beschäftigen Beratungsnehmende Fragen rund um politische Neutralität und demokratische Verantwortung. Unsere Arbeit orientiert sich dabei an Grund-, Kinder- und Menschenrechten. Sie bieten eine wichtige Grundlage, um demokratische Entscheidungen einzuordnen und Sicherheit im Umgang mit schwierigen Situationen zu gewinnen.

Schutz und Sicherheit gewinnen an Bedeutung

Ein weiterer Schwerpunkt entsteht 2025 aus zunehmenden Bedrohungen und Anfeindungen. Beratungsnehmende berichten von Einschüchterungen oder Konflikten – teilweise auch innerhalb ihrer eigenen Organisationen. Schutz- und Sicherheitskonzepte gewinnen dadurch deutlich an Bedeutung. Die Entwicklung solcher Strukturen wird auch 2026 ein wichtiger Teil unserer Arbeit bleiben.

Zusammenleben neu gestalten

Angebote für das plurale Gemeinwesen
Prozessbegleitung · Impulse · Reflexionen

Hohe Nachfrage nach Unterstützung

Der Beratungsbedarf bleibt hoch. 2025 begleiten wir 25 neue Prozessbegleitungen und führen drei Beratungsprozesse aus dem Vorjahr fort. Hinzu kommen 16 Präventionsprojekte. Die Zahlen zeigen: Viele Menschen und Institutionen suchen Unterstützung dabei, demokratische Werte zu schützen und gesellschaftliches Zusammenleben aktiv zu gestalten.

*Manuel Glittenberg, Christa Kaletsch, Stefan Rech
Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ –
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)*

Treffen des Netzwerks zum
Erfahrungsaustausch gibt
es immer wieder.
Foto: Dennis Siepmann



6.7 OFEK

Beratung nach antisemitischen Vorfällen

OFEK ist die erste bundesweit tätige Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf antisemitismuskritische und communityorientierte Betroffenenberatung spezialisiert ist. Sie berät Betroffene, Angehörige, Zeug*innen und Institutionen. Das Angebot ist vertraulich, kostenfrei und mehrsprachig. Seit 2020 ist OFEK mit einem Standort in Frankfurt am Main vertreten.

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die seitherige Eskalation antisemitischer Gewalt und Diskriminierung haben die Arbeit von OFEK grundlegend verändert. Zwischen Oktober 2023 und September 2024 dokumentierte die Fachberatungsstelle bundesweit 1.858 Beratungsfälle – mehr als in den sechs Jahren zuvor zusammen. Auch im folgenden Jahr blieb das Fallaufkommen mit 1.108 Fällen weit über dem früheren Niveau.

In Hessen bearbeitete OFEK in den ersten zwölf Monaten nach dem 7. Oktober 222 Beratungsfälle. Neben konkreten Vorfällen ging es dabei auch um Sorgen um Angehörige, Zukunftsängste, Fragen der persönlichen Sicherheit sowie Erfahrungen von Ausschluss und Isolation.

133 Beratungsfälle im Jahr 2025

Im Jahr 2025 bearbeitete OFEK Hessen 133 Beratungsfälle.¹ Viele Betroffene hatten wiederholt antisemitische Gewalt oder Diskriminierung erlebt. Die Erfahrungen können die psychische Gesundheit, das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen erheblich beeinträchtigen. OFEK verbindet psychosoziale Unterstützung mit rechtlicher Orientierung. Die Beratung hilft, das Erlebte einzuordnen, Folgen zu bewältigen, Rechte wahrzunehmen und weitere Schritte selbstbestimmt zu planen. Neben der akuten Krisenintervention haben psychologische Stabilisierung, längerfristige Begleitung und die Beratung von Institutionen an Bedeutung gewonnen. OFEK unterstützt Organisationen beim Schutz Betroffener und bei der Entwicklung tragfähiger Interventionsstrukturen.

Schulen und Hochschulen im Fokus

Antisemitische Erfahrungen in Schulen berühren für jüdische Schüler*innen und ihre Familien grundlegende Fragen der Teilhabe und des Diskriminierungsschutzes. Auch an Hochschulen ist der Beratungsbedarf unter jüdischen und israelischen Studierenden, Mitarbeitenden und Lehrenden gestiegen.

OFEK setzte deshalb 2025 geschützte Gesprächs- und Empowerment-Angebote sowie Fortbildungen an hessischen Hochschulen um. Mit dem Projekt EDU startete zudem ein antisemitismuskritisches Bildungs- und Beratungsangebot für Schulen in Hessen.²

Das Projekt OFEK Hessen wird gefördert durch das Landesprogramm „Hessen – Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ sowie das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSF) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“³

¹ Hinzu kommen sieben Fälle aus dem übrigen Bundesgebiet, die OFEK Hessen im Beratungsstellenverbund übernommen hat.

² Weitere Informationen: www.ofek-beratung.de/edu

³ OFEK Hessen: Beratungsstatistik 2024–2025, Berlin 2025: https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2026/02/OFEK_Hessen_Beratungsstatistik_2024-25.pdf, Zugriff am 14. August 2026.

7. Was gab es 2025 Neues im Demokratie- zentrum und im Beratungsnetzwerk Hessen?

Politischer Austausch über die Zukunft der Beratungsarbeit

Die Arbeit des Demokratiezentrum Hessen und der Träger des Beratungsnetzwerks stieß 2025 auf großes politisches Interesse. Mehrere hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Landespolitik und Landesregierung informierten sich vor Ort über die steigenden Beratungsbedarfe und die aktuellen Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit.

Bereits am 31. Januar besuchte Innenstaatssekretär Martin Rößler das an der Philipps-Universität Marburg angesiedelte Demokratiezentrum. Dabei übergab er einen Zuwendungsbescheid über mehr als 3,4 Millionen Euro für die landesweite Präventionsarbeit und Demokratieförderung. Die Mittel von Bund und Land flossen unter anderem in die Mobile Beratung, die Opfer- und Betroffenenberatung sowie die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung.

Im Juli folgten innerhalb weniger Tage weitere politische Besuche. Landtagspräsidentin Astrid Wallmann informierte sich gemeinsam mit der damaligen Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Angela Dorn, über die Arbeit des Demokratiezentrum und der Beratungsträger. Im Gespräch mit Dr. Reiner Becker standen die zunehmende gesellschaftliche Verrohung, steigende Beratungszahlen und die Bedeutung langfristig tragfähiger Strukturen im Mittelpunkt.

Wenige Tage später besuchte Hessens Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck die Pädagogische Fachstelle „Rote Linie“ (Mehr zum Besuch auf Seite 37). Das Team berichtete von einer wachsenden Zahl sehr junger Menschen, die mit rechtsextremistischen Einstellungen oder entsprechenden Straftaten auffallen. Zugleich wurde deutlich, dass die Distanzierungsarbeit angesichts steigender und komplexer werdender Anfragen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Eine besondere Herausforderung besteht darin, Jugendliche für Distanzierungsprozesse zu gewinnen, wenn rechtsextremistische Aussagen in ihrem sozialen Umfeld immer häufiger auf Zustimmung oder Gleichgültigkeit treffen.

Am 28. Juli war außerdem der Arbeitskreis Innen der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen seiner Sommertour zu Gast im Demokratiezentrum. Im Mittelpunkt standen die steigende Zahl der Beratungsanfragen, rechtsextremistische Entwicklungen an Schulen und in anderen pädagogischen Einrichtungen sowie die langfristige Absicherung der Beratungs- und Präventionsarbeit.

Erfahrung hilft auf politischer Ebene

Die Gespräche machten deutlich, dass die fachliche Arbeit des Beratungsnetzwerks parteiübergreifend wahrgenommen wird. Sie boten zugleich Gelegenheit, die Erfahrungen aus der Beratungspraxis unmittelbar in den politischen Raum zu tragen und auf strukturelle Herausforderungen aufmerksam zu machen.

Nähere Informationen:

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2025/07/22/ein-besuch-der-mut-macht-und-sorgen-teilt/>

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2025/07/25/fachstelle-am-limit-rechtsextremismus-bei-jugendlichen-waechst/>

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2025/07/28/ein-besuch-der-mut-macht-und-sorgen-teilt-2/>



Bildmontage/KI-gestützte Bearbeitung:
Dennis Siepmann

8. Vernetzung, Bildung und Forschung

In diesem Kapitel haben wir Veranstaltungen, Veröffentlichungen, fachliche Entwicklungen und weitere berichtenswerte Ereignisse aus dem Jahr 2025 im Demokratiezentrum Hessen und im Beratungsnetzwerk Hessen zusammengestellt. Das Jahr war geprägt von einer weiter steigenden

Nachfrage nach Beratung, einer intensiven politischen und fachlichen Vernetzung sowie von der Aufgabe, bewährte Angebote weiterzuentwickeln und an neue gesellschaftliche Herausforderungen anzupassen.

8.1 Monitoring wird fachlich und organisatorisch neu aufgestellt

Die regelmäßigen Monitoring-Berichte des Demokratiezentrums dokumentieren rechtsextremistische, rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Vorfälle sowie belegte Aussagen und Handlungen in Hessen. Sie basieren auf öffentlich zugänglichen und nachvollziehbaren Quellen wie Polizeimeldungen, Presseberichten, Veröffentlichungen von Behörden und Institutionen sowie überprüfbaren Beiträgen in sozialen Netzwerken.

Zu Beginn des Jahres 2025 mussten die Berichte zunächst ausgesetzt werden. Der langjährige Partner, das Frankfurter Kommunikationsbüro achtsegl, konnte die Recherche und Erstellung nicht weiter übernehmen. Damit stand das Demokratiezentrum vor der Aufgabe, die Erfassung, Prüfung und redaktionelle Bearbeitung der Vorfälle neu zu organisieren.

Im zweiten Halbjahr begann deshalb eine fachliche und organisatorische Neuaufstellung. Seit August 2025 wurden relevante Vorkommnisse wieder fortlaufend gesammelt, Quellen geprüft und Kriterien für die Aufnahme in die Berichte weiterentwickelt. Im Mittelpunkt stehen konkrete, belegbare Vorfälle. Allgemeine politische Veranstaltungen oder Aktivitäten werden nicht allein aufgrund der Anwesenheit extrem rechter Akteure aufgenommen. Voraussetzung ist ein nachvollziehbarer rechtsextremistischer, rassistischer, antisemitischer oder anderer menschenfeindlicher Vorfall beziehungsweise eine entsprechend belegte Aussage oder Handlung.

Ziel der Neuaufstellung ist ein nachvollziehbares Monitoring, das Entwicklungen sichtbar macht, ohne ungesicherte Informationen zu übernehmen. Die Berichte dienen nicht nur der Information der Öffentlichkeit. Sie sind auch ein Arbeitsinstrument für die Beratungsteams und können Hinweise auf regionale Entwicklungen, mögliche Unterstützungsbedarfe und wiederkehrende Phänomene liefern. Die Sammlungen erheben weiterhin keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Parallel entwickelte auch die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks ein eigenes regionales Monitoring. Im November 2025 erschien erstmals ein Bericht über rechte, antidemokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse in Südhessen. Damit wurde die regionale Beobachtung aktueller Entwicklungen weiter gestärkt.

Die seit August 2025 zusammengetragenen Fälle bildeten die Grundlage für den ersten neu aufgestellten landesweiten Monitoring-Bericht, der den Zeitraum von August 2025 bis Januar 2026 umfasst.

Nähere Informationen:

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/>

8.2 Zwölf neue Folgen der Podcast-Reihe „Extreme Zeiten“

Seit Ende 2022 veröffentlicht das Demokratiezentrum Hessen die Podcast-Reihe „Extreme Zeiten“. In den Gesprächen ordnen Fachleute aus Wissenschaft, Beratung und Zivilgesellschaft aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen ein. Moderiert wird der Podcast von der langjährigen Hörfunkjournalistin Angela Fitsch. Produktion und Aufzeichnung erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum der Universitätsbibliothek Marburg.

Auch 2025 erschien jeden Monat eine neue Folge. Die Themen griffen zentrale Debatten des Jahres auf und verbanden wissenschaftliche Erkenntnisse mit Erfahrungen aus der Praxis:

- „Reichsbürger reloaded“
- „Potenziale politischer Bildung in krisenhaften Zeiten“
- „Haltung – eine philosophische Annäherung“
- „Bundestagswahlen 2025“
- „Zivilgesellschaft und Demokratieförderung“
- „Teilhabe für Migrant:innen“
- „Wiederholung der 30er-Jahre?“
- „Was ist DemoGIS?“
- „Jungwähler*innen und die AfD“
- „Antisemitismus in Hessen“
- „Polizei und Haltung“
- „Demokratiskeptiker*innen“

Das Themenspektrum reichte damit von der Rolle politischer Bildung und zivilgesellschaftlichen Engagements über die Bundestagswahl und den Erfolg rechtspopulistischer Angebote bei jungen Menschen bis zu Antisemitismus, sogenannten Reichsbürgern und der Frage, wie Demokratieskepsis entsteht.

Mehrere Folgen stellten zugleich Projekte und Arbeitsbereiche des Demokratiezentrums vor. Dazu gehörten das webbasierte Geoinformationssystem DemoGIS sowie die Arbeit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen. Andere Gespräche griffen Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen aus dem Umfeld des Demokratiezentrums auf. So entstand auch 2025 eine Verbindung von Wissenschaft, Beratungspraxis und öffentlicher Vermittlung.

Die Folgen können auf der Website des Beratungsnetzwerks sowie über die gängigen Podcast-Plattformen angehört werden.

Weitere Informationen und alle Folgen:

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/extreme-zeiten/>



Podcast-Aufzeichnung. Foto: Dennis Siepmann

8.3 Neue Publikationen

8.3.1 Jahresbericht 2024 dokumentiert neuen Höchststand

Im Oktober 2025 veröffentlichte das Demokratiezentrum Hessen den Jahresbericht des Beratungsnetzwerks für das Jahr 2024. Der Bericht dokumentiert die Arbeit der Beratungsteams, Entwicklungen innerhalb des Netzwerks sowie die Bildungs-, Präventions- und Vernetzungsarbeit.

Im Mittelpunkt steht die statistische Auswertung der Beratungsarbeit. Im Jahr 2024 wurden 332 neue Beratungsfälle verzeichnet – so viele wie nie zuvor seit Gründung des Beratungsnetzwerks im Jahr 2007. Hinzu kamen 215 Anfragen nach Bildungs- und Präventionsangeboten. Besonders häufig ging es um rechtsextremistische, rassistische, antisemitische, queerfeindliche und andere demokratiefeindliche Vorfälle.

Das Schwerpunktthema des Jahresberichts widmet sich den Gefahren digitaler Radikalisierung. Fachbeiträge erläutern, wie extremistische Akteure soziale Netzwerke und insbesondere Plattformen wie TikTok nutzen, um junge Menschen anzusprechen,

Feindbilder zu verbreiten und menschenfeindliche Positionen zu normalisieren. Zugleich werden Möglichkeiten der Prävention und der kritischen Medienbildung aufgezeigt.

Weitere Kapitel geben Einblicke in die Arbeit der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung, der Distanzierungsberatung und weiterer Träger im Beratungsnetzwerk. Der Bericht informiert außerdem über Forschung, Weiterbildung, Vernetzung, Finanzierung sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Jahresbericht liegt als gedruckte Ausgabe und als PDF-Datei vor.

Nähere Informationen:

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2025/10/14/jahresbericht2024/>

8.3.2 Zwei neue Ausgaben von „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“

Die im Wochenschau Verlag erscheinende Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ wird inhaltlich maßgeblich vom Demokratiezentrum Hessen mitgestaltet. Dort finden Themenplanung, Beitragskoordination und Teile der redaktionellen Arbeit statt. Die Zeitschrift verbindet wissenschaftliche Analysen mit Erfahrungen und Handlungsperspektiven aus der Praxis. Die erste Ausgabe des Jahres 2025 erschien unter dem Titel „Wir haben/hatten die Wahl“. Vor dem Hintergrund der vorgezogenen Bundestagswahl beschäftigte sie sich mit den Angriffen der extremen Rechten auf die Demokratie. Die Beiträge untersuchten unter anderem den Einfluss der AfD und der sogenannten Neuen Rechten, die Auswirkungen des politischen Rechtsrucks auf die Zivilgesellschaft sowie Möglichkeiten, demokratische Strukturen dauerhaft zu schützen und zu fördern.

Die zweite Ausgabe trug den Titel „Einfache Erzählungen in komplexen Zeiten“. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie verkürzte Deutungen, scheinbar eindeutige Feindbilder und emotional anschlussfähige Erzählungen politische Wahrnehmungen prägen.

Die Beiträge beschäftigten sich unter anderem mit maskulinistischen Krisendeutungen, Antisemitismus und Narrativen, die im Alltag zunächst harmlos wirken können. Zugleich wurde danach gefragt, wie politische Bildung gesellschaftliche Komplexität vermitteln kann, ohne Orientierung zu verweigern.

Beide Ausgaben zeigen die Bedeutung des Austauschs zwischen Wissenschaft, politischer Bildung und Beratungspraxis. Gerade in Zeiten wachsender Polarisierung soll die Zeitschrift differenzierte Analysen ermöglichen und erprobte Handlungsansätze sichtbar machen.

Weitere Informationen:

<https://www.wochenschau-verlag.de/Wir-haben-hatten-die-Wahl/ZDgM1-25>

<https://www.wochenschau-verlag.de/Einfache-Erzaehlungen-in-komplexen-Zeiten/ZDgM2-25>

8.4 Wissenschaftliche Qualifizierung: Masterstudiengang wird fortgeführt

Der berufsbegleitende Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ wurde auch 2025 an der Philipps-Universität Marburg fortgeführt. Der bundesweit besondere Studiengang wurde auf Initiative des Demokratiezentrum Hessen entwickelt und verbindet wissenschaftliche Grundlagen mit den Anforderungen der Beratungspraxis.

Die zweite Kohorte, die im Wintersemester 2024/25 ihr Studium aufgenommen hatte, setzte ihre Ausbildung 2025 fort. Der Studiengang richtet sich an Fachkräfte aus der Mobilen Beratung sowie aus angrenzenden Arbeitsfeldern der Beratung, politischen Bildung, Sozialen Arbeit und Demokratieförderung. Ziel ist es, die Professionalisierung eines anspruchsvollen und sich dynamisch entwickelnden Berufsfeldes zu unterstützen.

Die berufsbegleitende Struktur ermöglicht es den Studierenden, Erkenntnisse aus dem Studium unmittelbar mit Erfahrungen aus ihrem Arbeitsalltag zu verbinden. Umgekehrt fließen aktuelle Fragen und Fallkonstellationen aus der Praxis in die wissenschaftliche Auseinandersetzung ein. Damit leistet der Studiengang einen wichtigen Beitrag zum Transfer zwischen Wissenschaft und Beratung.



Der Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ ist deutschlandweit einmalig. Foto: Dennis Siepmann

Weitere Informationen:

<https://www.uni-marburg.de/de/fb21/studium/studiengaenge/master/m-a-beratung-im-kontext-rechtsextremismus>

8.5 RIAS-Ausstellung macht antisemitische Erfahrungen sichtbar

Die Ausstellung „Ja, DAS ist Antisemitismus! Jüdische Erfahrungen in Hessen“ der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen wurde 2025 an weiteren Orten gezeigt. Vom 15. Januar bis zum 24. Februar war sie im Campus Center der Universität Kassel zu sehen.

Grundlage der Ausstellung sind authentische antisemitische Vorfälle, die Menschen in Hessen erlebt und bei RIAS gemeldet haben. Die Beispiele zeigen nicht nur unterschiedliche Erscheinungsformen von Antisemitismus, sondern auch die Reaktionen des gesellschaftlichen Umfelds: von Ignoranz, Beschwichtigung und Relativierung bis zu Unterstützung und Solidarität.

Die Ausstellung macht deutlich, dass Antisemitismus kein abstraktes oder ausschließlich historisches Phänomen ist. Er prägt den Alltag von Jüdinnen und Juden und zeigt sich in Bildungseinrichtungen, im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, im Internet

und im persönlichen Umfeld. Durch die Verbindung dokumentierter Erfahrungen mit fachlichen Einordnungen schafft die Ausstellung einen Zugang, der informiert, sensibilisiert und zur Auseinandersetzung anregt.

Die Eröffnung an der Universität Kassel fand am 14. Januar statt. Nach der Begrüßung durch Universitätspräsidentin Prof. Dr. Ute Clement führte Dr. Susanne Urban, Leiterin von RIAS Hessen, in die Ausstellung ein.

Nähere Informationen:

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2025/01/09/ausstellung-ja-das-ist-antisemitismus-juedische-erfahrungen-in-hessen-macht-station-in-kassel/>

8.6 Große Ideen und kleine Aha-Momente

Fachforum zum Thema „Heimat bist du! Zusammenhalt und Vielfalt“

Veröffentlicht am 29.9.2025

Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Und wie gehen wir mit wachsenden Spannungen in unserem demokratischen System um? Es sind die drängenden Fragen unserer Zeit, die die Teilnehmenden und Veranstaltenden des zweiten hessischen Fachforums zur ländlichen Entwicklung umtrieben.

Am Nachmittag stand der offene Austausch im „Open-Space-Format“ im Mittelpunkt. Hier brachten die Teilnehmenden eigene Themen ein, diskutierten ihre Erfahrungen und entwickelten gemeinsam neue Perspektiven. Das zeigte eindrucksvoll, dass es nicht nur um Fachwissen, sondern auch um Begegnung auf Augenhöhe geht. Den Abschluss des Tages bildete ein „Wortfeuerwerk“ – organisiert von Schüler*innen der Heinrich-Roth-



Das Plenum in der Stadtallendorfer Stadthalle während des Fachforums zum Thema „Heimat bist du! Zusammenhalt und Vielfalt“. Foto: Thomas Rösser

Am 5. September kamen rund 250 Teilnehmende in der Stadthalle Stadtallendorf zusammen. Unter dem Titel „Heimat bist du! Zusammenhalt und Vielfalt“ ging es darum, Ideen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam nach Antworten zu suchen – wie mehr demokratischer Zusammenhalt im ländlichen Raum gelingen kann.

Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen, hob die besondere Atmosphäre hervor: „Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, konzentriert für das gemeinsame Anliegen zu arbeiten und Offenheit für Neues zu zeigen. Viele hatten hier ihr Aha-Erlebnis – sie haben neue Leute kennengelernt, neue Angebote entdeckt, es gab große und kleine Ideen. Und dieses Miteinander ist einfach schön anzusehen.“

Schon am Vormittag zeigte sich, wie wertvoll dieser Austausch ist: Das Fachforum bietet eine Plattform, auf der sich Menschen begegnen, die häufig vor ähnlichen Herausforderungen stehen. In moderierten Gesprächsrunden und an zahlreichen Infoständen lernten sich Akteur*innen kennen, stellten ihre Projekte vor und entwickelten erste Ansätze für künftige Kooperationen.

Gesamtschule Bodenfelde, des Gymnasiums Uslar und der Solingschule Uslar – das die zentralen Eindrücke des Fachforums eindrucksvoll zusammenfasste.

Dr. Reiner Becker lenkte den Blick auch auf die Veränderungen im ländlichen Raum: „Manchmal erlebt man das in den Dörfern total krass, wie sich das Zusammenleben verändert. Ich wünsche mir, dass das nicht als Bedrohung gesehen wird, sondern als Chance und Hoffnung.“

Vielfalt ist Stärke

Veranstaltet wurde das Fachforum von der Akademie für den ländlichen Raum Hessen in Kooperation mit zahlreichen Partnern, darunter das Beratungsnetzwerk Hessen, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung sowie regionale Initiativen.

Die Organisator*innen zeigten sich hochzufrieden: „Unser Ziel war es, einen Raum zu schaffen, in dem Demokratie im Alltag erlebbar wird – durch Zuhören, gemeinsames Arbeiten und den Mut, Vielfalt als Stärke zu begreifen. Das ist uns gelungen.“ Das nächste Fachforum ist bereits in Planung. Bis dahin gilt es, die Impulse mitzunehmen und vor Ort in die Praxis zu tragen – damit Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt auch in ländlichen Regionen sichtbar und nachhaltig gestärkt werden.

9. Finanzierung

Förderung durch Bund und Land

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE
UND GEGEN EXTREMISMUS

Die Arbeit des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen als dessen zentraler Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle wird aus Mitteln des Bundes und des Landes Hessen finanziert.

Die Förderung erfolgt über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie über das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz.

Im Jahr 2025 standen für die Arbeit des Demokratiezentrum und des Beratungsnetzwerks insgesamt 3.421.577 Euro zur Verfügung. Davon entfielen 2.121.827 Euro auf Bundesmittel und

1.299.750 Euro auf Landesmittel. Damit wurde die landesweite Beratungs-, Bildungs- und Präventionsarbeit auch 2025 auf einem hohen Niveau gefördert. (Quelle: Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz)

Die Förderung ermöglicht es, Menschen und Institutionen in ganz Hessen professionell zu beraten, Betroffene zu unterstützen, Bildungs- und Präventionsangebote umzusetzen sowie die Zusammenarbeit der zahlreichen Träger und Netzwerkmitglieder zu koordinieren. Angesichts steigender Fallzahlen und komplexer werdender Beratungsanlässe bleibt eine verlässliche finanzielle Grundlage entscheidend für die Handlungsfähigkeit des Beratungsnetzwerks.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

10. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Expertise sichtbar machen

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit trägt dazu bei, die Angebote und die Expertise des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen sichtbar zu machen. Sie richtet sich an Medien, Fachöffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschen, die Unterstützung oder Informationen suchen.

Die Pressestelle beantwortet Medienanfragen, vermittelt fachliche Ansprechpersonen und unterstützt die Mitglieder und

Träger des Beratungsnetzwerks bei Fragen der Öffentlichkeitsarbeit. Zu ihren weiteren Aufgaben gehören Pressemitteilungen und Publikationen, die redaktionelle Betreuung der Website, die Kommunikation über soziale Medien sowie die öffentlichkeitswirksame Begleitung von Veranstaltungen, Projekten und Fachthemen. Auch die Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ und ihre begleitende Website gehören zum Arbeitsbereich.

Ausbau der digitalen Kommunikation

Im Jahr 2025 wurde die Öffentlichkeitsarbeit personell und konzeptionell neu aufgestellt. Neben der klassischen Pressearbeit rückte die Kommunikation über digitale Kanäle stärker in den Mittelpunkt. Ziel war es, Fachwissen verständlich aufzubereiten, Einblicke in die praktische Arbeit zu geben und neue Zielgruppen zu erreichen.

Die Website des Beratungsnetzwerks verzeichnete 2025 insgesamt 24.602 Besucherinnen und Besucher. Der neu aufgebaute Instagram-Kanal erreichte bis zum Jahresende rund 300 Followerinnen und Follower. Auf Facebook folgten dem Beratungs-

netzwerk etwa 1.300 Menschen. Der Podcast „Extreme Zeiten“ erreichte durchschnittlich rund 200 Hörerinnen und Hörer im Monat.

Neben aktuellen Meldungen und Veranstaltungshinweisen wurden verstärkt Interviews, Fotos, kurze Videos und grafisch aufbereitete Fachinformationen veröffentlicht. Der Ausbau der digitalen Kommunikation soll dazu beitragen, die Angebote des Netzwerks leichter zugänglich zu machen und demokratische Perspektiven im öffentlichen Diskurs zu stärken.

Große mediale Nachfrage nach fachlicher Einordnung

Die Expertise des Demokratiezentrums und der Träger des Beratungsnetzwerks war 2025 in zahlreichen Medien gefragt. Im Mittelpunkt standen insbesondere der zunehmende Rechtsextremismus unter Jugendlichen und an Schulen, steigende Beratungsanfragen, Radikalisierungsprozesse in sozialen Medien sowie die politische und finanzielle Absicherung der Demokratieförderung.

Ein besonderes Medienecho erzeugte die Veröffentlichung des Jahresberichts 2024 im Oktober 2025. Die darin dargestellten Rekordwerte bei den Beratungsanfragen wurden von der Deutschen Presse-Agentur aufgegriffen und bundesweit verbreitet. Auch die Arbeit der Mobilen Beratung und die wachsenden Belastungen der Beratungsteams fanden überregional Beachtung.

Dennis Siepmann

Medienecho 2025

Untenstehend das öffentlich auffindbare Medienecho 2025. Aus urheberrechtlichen Gründen werden nur Medienbeiträge mit einer öffentlich zugänglichen URL und der jeweiligen Artikelveröffentlichung als Link angegeben (Abfragestand: August 2026).

- „Mehr Beratungsbedarf zu Rechtsextremismus und Rassismus“ (Süddeutsche Zeitung/dpa, 31.01.2025)
<https://www.sueddeutsche.de/panorama/demokratiezentrum-mehr-beratungsbedarf-zu-rechtsextremismus-und-rassismus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250131-930-361924>
- „Demokratiezentrum Hessen erhält 3,4 Millionen Euro“ (Evangelische Zeitung/epd, 31.01.2025)
<https://evangelische-zeitung.de/demokratiezentrum-hessen-erhaelt-34-millionen-euro/>
- „Mehr Beratungsbedarf zu Rechtsextremismus und Rassismus“ (WNOZ/dpa, 31.01.2025)
<https://www.wnoz.de/nachrichten/baden-wuerttemberg-und-hessen/mehr-beratungsbedarf-zu-rechtsextremismus-und-rassismus-608717.html>
- „Hessen: Rekordzahl an Hilfeanfragen wegen Rechtsextremismus“ (NH24, 03.02.2025)
<https://nh24.de/hessen-rekordzahl-an-hilfeanfragen-wegen-rechtsextremismus/>
- „Demokratiezentrum Hessen erhält mehr als 3,4 Millionen Euro für landesweite Prävention“ (Das Marburger, 03.02.2025)
<https://www.das-marburger.de/2025/02/03/demokratiezentrum-hessen-erhaelt-mehr-als-34-millionen-euro-fuer-landesweite-praevention/>
- „Demokratiezentrum Hessen: 3,4 Millionen Euro für Prävention“ (Mittelhessen, 05.02.2025)
<https://www.mittelhessen.de/lokales/kreis-marburg-biedenkopf/marburg/demokratiezentrum-hessen-34-millionen-euro-fuer-praevention-4357653>
- „Demokratiezentrum Hessen erhält mehr als 3,4 Millionen Euro“ (Oberhessische Presse, 07.02.2025)
<https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/marburg/marburg-demokratiezentrum-hessen-erhaelt-mehr-als-3-4-millionen-euro-KOTD2E4XJFHQ5MGYNYK5MYYS6Q.html>
- „Doppelkopf mit Reiner Becker, Demokratiezentrum Hessen“ (hr2-kultur, 11.02.2025; Wiederholung eines Gesprächs vom November 2024)
<https://www.hr2.de/programm/doppelkopf/doppelkopf-mit-reiner-becker-demokratiezentrum-hessen%2Cepg-doppelkopf-2866.html>
- „Rechtsextremismus an Hochschulen“ mit Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen (GEW Hessen, 04.03.2025)
<https://www.gew-hessen.de/details/rechtsextremismus-an-hochschulen>
- „Gegen Extremismus: Vereine stärken, Feste feiern“ mit Christopher Vogel vom Mobilen Beratungsteam Hessen (HNA, 03.05.2025)
<https://www.hna.de/lokales/frankenberg/korbach-ort55370/gegen-extremismus-vereine-staerken-feste-feiern-93710997.html>
- „Hessische Schulen melden deutlich mehr rechtsextremistische Vorfälle als je zuvor“ mit Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen (Hessenschau, 15.05.2025)
<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/rechtsextremismus-hessische-schulen-melden-deutlich-mehr-vorfaelle-als-je-zuvor-v2%2Crechtsextremismus-schulen-100.html>
- „Antisemitismus ist quasi überall: Zahl der Vorfälle in Hessen nimmt deutlich zu“ zum Jahresbericht von RIAS Hessen (Hessenschau, 15.05.2025)
<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/antisemitismus-ist-quasi-ueberall-zahl-der-vorfaelle-in-hessen-nimmt-deutlich-zu-v1%2Cjahresbericht-antisemitismus-100.html>
- „Judenfeindliche Vorfälle haben in Hessen massiv zugenommen“ zum Jahresbericht von RIAS Hessen (Frankfurter Rundschau, 15.05.2025)
<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/judenfeindliche-vorfaelle-haben-in-hessen-massiv-zugenommen-93734238.html>
- „Antisemitische Welle in Hessen – Meldestelle dokumentiert deutlichen Anstieg an Vorfällen“ (WELT/dpa, 15.05.2025)
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article256121944/Antisemitische-Welle-in-Hessen-Meldestelle-dokumentiert-deutlichen-Anstieg-an-Vorfaellen.html>
- „Antisemitische ‚Welle‘ in Hessen – deutlich mehr Vorfälle“ (DIE ZEIT/dpa, 15.05.2025)
<https://www.zeit.de/news/2025-05/15/meldestelle-dokumentiert-926-antisemitische-vorfaelle>
- „Antisemitische ‚Welle‘ in Hessen – deutlich mehr Vorfälle“ (Borkener Zeitung/dpa, 15.05.2025)
<https://www.borkenerzeitung.de/welt/in-ausland/politik-inland/Meldestelle-dokumentiert-926-antisemitische-Vorfaelle-630530.html>
- „75 Prozent mehr antisemitische Vorfälle in Hessen“ zum Jahresbericht von RIAS Hessen (haGalil, 15.05.2025)
<https://www.hagalil.com/2025/05/rias-hessen-2024/>

- Video „Zunehmender Rechtsextremismus bei Jugendlichen“ mit Dr. Reiner Becker vom Demokratiezentrum Hessen (17:30 Sat.1 Live, 28.05.2025)
<https://www.1730live.de/2025/05/28/zunehmender-rechtsextremismus-bei-jugendlichen/>
- „Deutlich mehr Feindseligkeit gegen Juden in Hessen“ über die Arbeit von RIAS Hessen (DIE ZEIT/dpa, 04.06.2025)
<https://www.zeit.de/news/2025-06/04/deutlich-mehr-feindseligkeit-gegen-juden-in-hessen>
- „Dr. Reiner Becker – Beratungsnetzwerk Hessen“, ausführliches Interview über die Arbeit des Demokratiezentrums und Beratungsnetzwerks Hessen (Subzeroes, 03.07.2025)
<https://subzeroes.com/dr-reiner-becker-beratungsnetzwerk-hessen/>
- „Beratung beim Vorgehen gegen Rechtsextremismus“ mit Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen (HNA, 24.07.2025)
<https://www.hna.de/lokales/frankenberg/frankenberg-eder-ort305273/demokratiezentrum-in-marburg-beraet-gegen-rechtsextremismus-93849751.html>
- „Welche Anti-Extremismus-Projekte Hessen fördert – und warum eine Beratungsstelle fehlt“ (Hessenschau, 26.08.2025)
<https://www.hessenschau.de/politik/welche-anti-extremismus-projekte-hessen-foerdert-v1%2Cdemokratie-foerderprogramm-hessen-100.html>
- „Übergriffe und Vorfälle nehmen zu in Marburg“, Interview mit Dr. Susanne Urban von RIAS Hessen (Oberhessische Presse, 21.09.2025)
<https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/marburg/antisemitismus-beauftrage-dr-susanne-urban-im-interview-uebergrieffe-und-vorfaelle-nehmen-zu-in-LHF32YGO7BHYFEZLIAKTWMOFQM.html>
- „Der Flächenbrand“ über rechte Gewalt und die steigende Zahl von Beratungsanfragen an Schulen, mit Einschätzungen von Dr. Reiner Becker (WEISSER RING Magazin, 26.09.2025)
<https://wr-magazin.de/themen/rechte-gewalt/>
- „Angriffe auf Minderheiten und den Staat“ mit Einschätzungen von Dr. Reiner Becker zur Radikalisierung junger Menschen (WEISSER RING Magazin, 01.10.2025)
<https://wr-magazin.de/angriffe-auf-minderheiten-und-den-staat/>
- „Netzwerk erhält Rekordzahl an Beratungsanfragen: Rechtsextremistische Ideologien sind längst wieder im Alltag angekommen“ (Hessenschau, 15.10.2025)
<https://www.hessenschau.de/politik/rechtsextremismus-netzwerk-erhaelt-rekordzahl-an-beratungsanfragen-v1%2Crechtsextremismus-108.html>
- „Beratungsanfragen zu Rechtsextremismus auf Rekordniveau“ (DIE ZEIT/dpa, 15.10.2025)
<https://www.zeit.de/news/2025-10/15/beratungsanfragen-zu-rechtsextremismus-auf-rekordniveau>
- „Beratungsanfragen zu Rechtsextremismus auf Rekordniveau“ (n-tv/dpa, 15.10.2025)
<https://www.n-tv.de/regionales/hessen/Beratungsanfragen-zu-Rechtsextremismus-auf-Rekordniveau-article26098703.html>
- „Beratungsanfragen zu Rechtsextremismus auf Rekordniveau“ (WELT/dpa, 15.10.2025)
<https://www.welt.de/regionales/hessen/article68ef7f8e0dc4b85759d3825a/beratungsanfragen-zu-rechtsextremismus-auf-rekordniveau.html>
- „Beratungsanfragen zu Rechtsextremismus auf Rekordniveau“ (WNOZ/dpa, 15.10.2025)
<https://www.wnoz.de/nachrichten/baden-wuerttemberg-und-hessen/beratungsanfragen-zu-rechtsextremismus-auf-rekordniveau-819766.html>
- „Beratungsnetzwerk meldet Rechtsextremismus in Hessen im Aufwind“ (Das Marburger, 15.10.2025)
<https://www.das-marburger.de/2025/10/15/beratungsnetzwerk-meldet-rechtsextremismus-in-hessen-im-aufwind/>
- „Mehr Schutz für Demokratie – Grüne legen Gesetzentwurf vor“ mit Bezug auf das Demokratiezentrum Hessen, RIAS Hessen und die Mobile Beratung (WELT/dpa, 04.11.2025)
<https://www.welt.de/regionales/hessen/article6909f6de180d8e6000bc8857/mehr-schutz-fuer-demokratie-gruene-legen-gesetzentwurf-vor.html>
- „Gießener Liebigschule verstärkt Prävention nach Abi-Motto-Eklat“ mit Einschätzungen von Dr. Reiner Becker (Hessenschau, 07.11.2025)
<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/giessener-liebigschule-verstaerkt-praevention-nach-abi-motto-eklat-v1%2Cextremismus-hessen-100.html>
- „Abi-Motto-Eklat aufgeklärt – Schulen spiegeln Polarisierung“ mit Einschätzungen von Dr. Reiner Becker (DIE ZEIT/dpa, 07.11.2025)
<https://www.zeit.de/news/2025-11/07/giessener-schule-verstaerkt-praevention-nach-abi-motto-eklat>
- „Nach Abi-Motto-Eklat in Gießen: Rechtsextremismus-Alarm an Hessens Schulen“ (Gießener Allgemeine, 08.11.2025)
<https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/schulen-nach-abi-motto-eklat-in-giessen-rechtsextremismus-alarm-an-hessens-zr-94026946.html>

- „Rechte Vorfälle in Südhessen nehmen laut Bericht deutlich zu“ mit Tim Hirschfeld von der Regionalstelle Süd (Frankfurter Rundschau, 12.11.2025)
<https://www.fr.de/hessen/rechte-vorfaelle-in-suedhessen-nehmen-laut-bericht-deutlich-zu-94034923.html>
- „Die Betroffenen stärken“ über die Mobile Beratung des Vereins Jetzt! e. V. und das Beratungsnetzwerk Hessen (Frankfurter Neue Presse, 22.11.2025)
<https://www.fnp.de/lokales/wetteraukreis/bad-vilbel-ort112595/aktiv-fuer-demokratie-rechtsextremismus-erkennen-94050204.html>
- „Demokratieförderung unter Druck“ mit Einschätzungen von Dr. Reiner Becker zur Finanzierung der Beratungsarbeit (Frankfurter Rundschau, 14.12.2025)
<https://www.fr.de/hessen/trotz-rechter-angriffe-ein-demokratiefoerdergesetz-soll-abhilfe-schaffen-94083424.html>
- „Hessen ist ein Hotspot des Rechtsterrorismus – Beratung am Limit“, Interview mit Anne Wilmers und Tim Hirschfeld von der Mobilen Beratung (Frankfurter Rundschau, 15.12.2025)
<https://www.fr.de/hessen/hessen-ist-ein-hotspot-des-rechtsterrorismus-berater-am-limit-94083408.html>

11. Anhang

DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL

Dem Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gehören zahlreiche Institutionen, Organisationen und Verbände – staatliche und freie Träger – aus Hessen an. Sie bilden ein professio-

nelles Netzwerk und unterstützen als Expertenpool kompetent und zeitnah die Beraterinnen und Berater vor Ort. Derzeit gehören 54 Mitglieder dem Beratungsnetzwerk Hessen an:

- Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.
<http://www.antifa-bi.de/>
- Arbeiterwohlfahrt Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Projekt „Menschenwürde“
<https://www.awo-rtk.de/projekt-menschenwuerde/>
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
<http://www.agah-hessen.de/>
- Arbeit und Bildung e. V. (Marburg) mit Projekten zu Extremismusprävention, Dialog und Vielfalt
<https://www.arbeit-und-bildung.de/>
- Arbeit und Leben – DGB/VHS-Landesarbeitsgemeinschaft Hessen: „Gestaltungsraum Arbeitswelt“
www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de
- Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution (früher: International Tracing Service (ITS))
<https://arolsen-archives.org/>
- Bildungsstätte Anne Frank e. V.
<https://www.bs-anne-frank.de/>
- Bildungszentrum Wetzlar (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA))
<https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bildungszentren/die-einzelnen-bildungszentren/wetzlar>
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ)
<http://www.bdkj-hessen.de/>
- DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
<https://hessen-thueringen.dgb.de/>
und DGB-Jugend Hessen-Thüringen
<https://hessen-thueringen.dgb.de/jugend>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
<https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>
- Die Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden
<http://www.diekopiloten.de/> mit dem Projekt #hatebreach – Hass im Netz beugen
<https://hatebreach.net/>
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
<https://www.ekhn.de/home.html>
mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
<https://www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html>
und dem Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN
<https://www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/startseite/>
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
<http://www.ekkw.de/index.php>
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.
<http://www.foerderverein-jva-holzstrasse.de/>
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Hessen
<https://www.fes.de/landesbuero-hessen>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
<https://www.gew-hessen.de/>
- Hessischer Flüchtlingsrat
<http://fluechtlingsrat-hessen.de/>
- Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen
<http://www.jf-hessen.de/>
- Hessischer Jugendring e. V.
<https://www.hessischer-jugendring.de/>
mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen (NDC)
<https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>
- Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) (bis Anfang 2022 Polizeiakademie Hessen)
<https://hoems.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen
<https://kultusministerium.hessen.de/>
- Hessisches Landeskriminalamt, Geschäftsstelle IKARus
<http://ikarus-hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
<https://soziales.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI)
<https://innen.hessen.de/>
mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
<https://hke.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat
<https://justizministerium.hessen.de/>
- Hessischer Städte- und Gemeindebund
<https://www.hsgb.de/>
- HKM-Projekt (Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen): „Gewaltprävention und Demokratielernen“
<https://gud.bildung.hessen.de/>
- Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße
<http://www.fremdenfreundlich.de/>

- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)
<https://isdonline.de/> mit dem Kompetenznetzwerk Anti-Schwarzer Rassismus (KomPAD)
<https://kompad.de/>
- JAKOb e. V.
<https://www.projekt-jakob.de/>
- Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.
<https://jetzt-ev.de>
- jugendschutz.net
<https://www.jugendschutz.net/>
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Qualifikationsprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften
https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb03/institute/fb03/ifp/Lehrende_Team/Professor_innen/schmitt/startseite
- KUBI – Verein für Kultur und Bildung e. V.
<https://www.kubi.info>
- Landfrauenverband Hessen e. V.
<https://www.lfv-hessen.com>
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
<https://lfv.hessen.de/>
- Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
<https://www.lvjgh.de/aktuelles/>
- Makista e. V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie
<https://www.makista.de/>
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V., Kassel (Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrum Hessen)
<http://www.mbt-hessen.org/>
- Netzwerk gegen Gewalt
<https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/>
- Philipps-Universität Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft
https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/arbeitsbereiche/eb-ajb/eb/forschung/projekte/copy_of_servicenetwerk-fuer-studierende
mit dem Demokratiezentrum Hessen
<https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum>
und der daran angegliederten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen
<https://rias-hessen.de/>
- Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (Träger: jetzt! e. V.)
<https://regionalstelle-sued.de/>
- response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
<https://response-hessen.de/ber-uns.html>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus
<https://www.rote-linie.net/>
- Rumi imPuls e. V.
<https://www.rumi-impuls.de/>
- Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben, Kassel
<https://sara-nussbaum-zentrum.de/>
- SMOG e. V.
<https://www.smogline.de/>
- Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden
<https://www.spiegelbild.de>
- Sportjugend Hessen
<https://www.sportjugend-hessen.de/> und
<https://www.sportjugend-hessen.de/themen/demokratiestaerkung>
- Stiftung Adam von Trott, Imshausen e. V.
<https://stiftung-adam-von-trott.de/>
- Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V. (Gießen)
<https://www.tdgstiftung.de/>
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen
<https://www.sinti-roma-hessen.de/>
- Werkstatt für Demokratieförderung e. V. (Projekte für die Demokratie – gegen Rassismus und Diskriminierung)
<https://www.werkstatt-demokratie.de/>



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE
UND GEGEN EXTREMISMUS

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

<https://beratungsnetzwerk-hessen.de>

beratungsNetzwerk
hessen

Gemeinsam für Demokratie
und gegen Rechtsextremismus

